

■ Abreißen oder bewahren?

Stadtumbau nur gemeinsam mit den Bürgern, meint PDS-Stadtrat Schlegel – besonders dann, wenn Abriss unumgänglich ist. **Seite 4**

■ Warum Dresden zerstört wurde

Es geschah zwei Tage nach der Krim-Konferenz – gegen den Willen der UdSSR und mit Wissen des sächsischen Gauleiters. **Seite 8**

■ Die Wahlen im Irak

Eine Analyse von Prof. Latchinian **Seite 9**

■ Das Leipziger Fußballstadion

Pleiten, Flops, Hoffnungen – und neuerdings auch Spekulationen **Seite 13**

Barbara Höll: Warum ich Oberbürger- meisterin werden will

Die langjährige Bundestagsabgeordnete, seit vorigem Jahr mit Direktmandat der Leipziger im Landtag, Mutter einer bald zweijährigen Tochter, wurde von der PDS mit großer Mehrheit nominiert.



Foto: G. Märker

Leipzigs PDS-Mitglieder haben ihre Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahl am 10. April bestimmt. Die Abstimmung gewann Barbara Höll vor ihrer Mitbewerberin Monika Runge. Im Folgenden Grundgedanken aus der Rede, mit der Barbara Höll ihre Vorsätze umriss.

Ja, ich möchte Oberbürgermeisterin in Leipzig werden. Vielleicht ist das etwas verrückt, aber nicht verwunderlich, denn ich bin Leipzigerin. Beim Griff nach den Sternen stets mit beiden Beinen auf der Erde stehen. Herrn Tiefensee scheint diese Bodenhaftung verlorengegangen zu sein. Er nimmt das „Klein-Paris“ ein wenig zu ernst und gefällt sich in der Rolle des Sonnenkönigs. So entschwebt er, sich an einige Seifenblasen klammernd, während die Realität ganz anders aussieht: Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in der Ära Tiefensee um 50 Prozent erhöht, langzeitarbeitslos sind fast doppelt so viele wie 1998. Gleichzeitig brüstet sich Herr Tiefensee mit einem Großprojekt nach dem anderen.

1998 sagte er in seiner Antrittsrede: „Meine Vision besteht darin, Leipzig die Stellung in Deutschland und Europa wiederzugeben, die unsere Stadt zu

Beginn des auslaufenden Jahrhunderts besaß.“ Kein grundsätzlich schlechter Vorsatz, wenn auch allzu sehr rückwärts gewandt. Damals war Leipzig die viertgrößte, dabei zweitreichste Stadt des Deutschen Reichs. Gegenwärtig steht Leipzig mit seiner Einwohnerzahl an 14. Stelle im Bund, doch das Arbeitsamt ist das deutschlandweit größte.

Es reicht nicht aus, die Geschichte unserer Stadt als Vertreibung aus dem Paradies zu sehen! Ich habe mir unter dem Paradies jedenfalls immer etwas anderes vorgestellt als das Wilhelminische Kaiserreich. Leipziger Geschichte hat mehr zu bieten als verklärende Rückschau, sondern als Quelle für die Zukunft Lassalle, Bebel, Liebknecht, Louise Otto Peters. Ernst Bloch, Hans Mayer, Walter Markow u. a. machten die Leipziger Universität zu einem kreativen geistigen Zentrum Europas. Davon will im heutigen Leipzig kaum einer mehr wissen. Fehlendes Geschichtsbewusstsein schadet gerade in der Praxis. Dies muss sich ändern!

Den Seifenblasen des Herrn Tiefensee, bei dem das Prinzip Hoffnung nichts als hohle Phrase ist, gilt es die konkrete Utopie Blochs entgegenzustellen. Als Oberbürgermeister werde ich für folgende Projekte stehen:

1. Ein von der Leipziger Bürgerschaft entwickeltes Leitbild der Stadt statt eines beliebigen Sammeluriums.
2. Besinnung auf die eigenen Kräfte und ihre Mobilisierung, statt nur auf Hilfe von außen zu hoffen.
3. Konzentration der Wirtschaftspolitik auf zukunftsträchtige Branchen statt Verzettelung.
4. Verknüpfung der Ressourcen der Klein- und mittelständischen Unternehmen mit Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen.
5. Nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt statt Festivalisierung der Stadtpolitik.
6. Ein roter Teppich für Familien und Kinder statt fehlender Krippenplätze, unsanierter Kitas und weiterer Schulschließungen.
7. Ein Kulturentwicklungsplan statt ständiger Existenzbedrohung gerade der freien Szene.
8. Umsetzung des Jugendhilfeplanes statt neuerlicher Schließung von Freizeit- und Jugendtreffs.
9. Erhaltung und behutsame Sanierung des Wohnungsbestandes auch der Gründerzeithäuser statt austauschbarer Konsumtempel.
10. Stadtumbau als Chance der Förderung des Zusammenlebens der Generationen mitten in der Stadt statt bloßen Abrisses.

Nazis als „kritische“ Teilnehmer

Am 13. Februar wollen die Nazis zu Tausenden in Dresden marschieren. Ungeschoren, wie es wieder einmal aussieht. Antifaschistische Gruppen haben ihrerseits zwar Demonstrationen und Kundgebungen für den 12. und 13. Februar angemeldet, zum Gedenken an die Opfer des Naziterrors, an dessen Ende auch die Bombardierung Dresdens durch anglo-amerikanische Verbände stand. Was aber ist das haarsträubende Ergebnis aller bisherigen Vorgespräche mit Polizei und Ordnungsamt? **Die Staatsmacht erwägt, von den Antifaschisten zu verlangen, die Nazis bei deren Veranstaltungen zuzulassen. Begründet wird das in diesem Nachfolgestaat des Dritten Reiches mit einem vermeintlichen Recht auf „kritische Teilnahme“.**

Entsetzt fragen die Kundgebungsanmelder, ob damit die Nazis am 13. Februar erneut mit Fackeln an der jüdischen Synagoge vorbeimarschieren und ihre faschistischen Parolen grölen dürfen? Und sie erinnern daran, dass die Polizei bereits bei den Hartz-IV-Protesten in Dresden Ende 2004 die Nazis regelrecht in die allwöchentlichen Demos hineinprügelte.

So entsetzt, wie die jungen Antifaschisten über die staats-treuen Beamten sind (die ja gewiss nichts ohne politischen Segen tun), so sachlich konstatieren sie, dass man sich in bestimmten Beamtenkreisen des Ordnungsamtes Dresden offenbar vorrangig um die rechte Klientel sorgt. Solange in diesem Staat das Wort Antifaschismus gemeingefährlich verhetzt wird, solange es Meinungshehoheit ist, faschistische Täter mit ihren Opfern gleichzusetzen, braucht man sich über Beamte wie über Politiker, die sich in den Dienst der NPD stellen, nicht zu wundern – nicht in Dresden und nicht anderswo. Ebenso schlimm ist es, dass viel zu viele sächsische Demokraten (aus allen Parteien, Vereinen, Gewerkschaften, Kirchen) immer noch glauben, mit bunten Wimpelketten („Bunt statt Braun“) und Spaßaktionen (Konfetti vor den Nazis auf die Straße schütten) gegen braun anzukommen. Wenn sie nicht sehen, dass braun am Ende halt auch nur eine Farbe des Buntspektrums ist, dann machen sie den vielgerühmten Aufstand der Anständigen (den es noch nicht gab) endgültig zu einem Witz.

Aber das Lachen darüber bleibt einem jetzt schon im Halse stecken.

• MAXI WARTELSTEINER

Moderne Raubritter

Die Raubritter des Mittelalters nahmen von den überfallenen Reisenden alles, was ihnen wert genug war, zogen die Opfer zuweilen bis aufs Hemd aus, ließen sie aber zu meist am Leben. Heute wird solche Praxis – mit gewerkschaftlicher Beteiligung – als ein reelles Geschäft deklariert. In einem Falle werden hohe Wochenarbeitszeiten, im anderen Falle Einkommenskürzungen gegen Zusagen für den Arbeitsplatzverlust akzeptiert. So soll es in den Vertriebsniederlassungen von Siemens nach dem von der IG Metall für Ostdeutschland ausgehandelten Tarifvertrag bei der 38-Stunden-Woche bleiben, und der Betriebsrat der Leipziger Niederlassung hält das für tragbar. (Im Westen wurde übrigens die Wochenarbeitszeit gleichzeitig auf 37 Stunden erhöht!) Den Beschäftigten der Stadt Leipzig wurden inzwischen im Januar 10 Prozent weniger Gehalt überwiesen, wie voriges Jahr „vereinbart“. In beiden Fällen und in vielen ähnlichen heißt das „Tauschangebot“: Arbeitsplatzgarantie für einige Jahre. Das nenne ich Gentleman-Art des Raubs. Gib mir deine Geldbörse und ich lasse dir das Leben – gib mir von deinem Lohn und ich lasse dir deine Existenzquelle.

• GÜNTER LIPPOLD

Arme Stadt, Geldleute entscheiden

Soll man sich freuen über eine solche Nachricht, wie sie jüngst aus Leipzig zu vernehmen war: „Sparkasse gibt 800 000 Euro für Chailly – ... greift Oper und Gewandhaus unter die Arme“ – soll man sich freuen, dass ein Geldinstitut die Spielzeit 2005/2006 rettet? Aber, da fragt man doch nicht, mag mancher entgegenen, Dank den noblen Sponsoren! – Beim näheren Hinsehen zeigt sich jedoch: Nicht die Vertreter der Bürger verfügen hier über das Geld der Bürger und können es nach vorrangigem Bedarf einsetzen, sondern Personen ohne kommunale Kompetenz nach eigenem Ermessen. Wer das Sagen haben müsste, hat kein Geld – wer das Geld hat, bestimmt, was geschieht und unterbleibt. Demokratie?

• KURT RECHT

Ohne Gebühren in die Zukunft!

8000 bei der Leipziger Demonstration gegen Studiengebühren und gegen Zwei-Klassen-Bildung

LN: „Mit uns wird es keine Studiengebühren geben, nicht jetzt und nicht in Zukunft“ – so das einheitliche Auftreten der Abgeordneten der sächsischen Landtagsfraktionen von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen am 3. Februar während der Abschlusskundgebung einer überwältigenden Studentendemonstration vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Dieses Versprechen von Michael Weichert, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bündnis 90/Die Grünen, von Heike Werner, bildungspolitische Sprecherin der PDS, und Martin Dulig, Fraktionsgeschäftsführer der SPD, fand großen Beifall der über 8000 Demonstranten, die aus ganz Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen nach Leipzig gekommen waren, um sich mit den Studentinnen und Studenten in Bayern, Baden-

Württemberg, Hamburg, Niedersachsen und Saarland zu solidarisieren. Dort sollen schon in den kommenden Semestern 500 Euro und mehr pro Semester von den Studenten kassiert werden.

Bereits auf ihrer Vollversammlung eine Woche vorher hatten rund 3500 Leipziger Studierende ein Zeichen gegen Studiengebühren gesetzt, weil Bildung nicht zur Ware werden dürfe, nicht in Sachsen und auch nicht im Rest der Republik. Trotz des Versprechens der sächsischen Wissenschaftsministerin Barbara Ludwig (SPD), dass Sachsen keine Studiengebühren plane, warnt der StudentInnenrat der Universität Leipzig (StuRa) nachdrücklich davor, die Hände frühzeitig in den Schoß zu legen – und trifft damit die Stimmung vieler Studenten, die den Politikern nicht

trauen. Früher oder später gäbe es auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt ein gebührenpflichtiges Erststudium. Andreas Fest, Sprecher des StuRa, unterstreicht diese Sorge: „Es ist relativ wahrscheinlich, dass die finanzielle Mehrbelastung zu einer Art Bildungstourismus führen wird. SPD-regierte Länder ohne Studiengebühren böten Inselösungen, die über kurz oder lang zu überfüllten Universitäten und einem Qualitätsverlust in der Bildung führen würden“. Franz Häuser, Rektor der Universität Leipzig wandte sich in seiner Rede auf der Leipziger Vollversammlung gegen die Einführung von Studiengebühren. Er nannte es ein starkes Stück, „dass die Karlsruher Richter einen derartigen Qualitätsverlust als legitime Zugangsregulierung für die Universitäten einplanen“.

Seite 4

Wir hören nicht auf anzuprangern!

Was sucht die Bundeswehr schon wieder auf der Freizeitmesse?

Die LEIPZIGER HAUS-GARTEN-FREIZEIT-Messe (5. – 13. Februar) feiert sich als die Nummer 1 in den neuen Bundesländern, nirgends mehr Besucher, nirgends mehr Aussteller. Nur, dass sich eben auch in diesem Jahr wieder zwischen Gastronomen, Heimtieren, Wellness, Hauswirtschaft und all den anderen Anbietern die Bundeswehr mit ihrer Werbung für interessante Welt„befriedungs“angebote breitmacht. Auf der Buchmesse gab es unter Verlegern geharnischten Protest .. und hier?



Foto: Fiebelkorn

Zur Haltung des Westens gegenüber der Republik Kuba

„EU beendet Cocktail-Krieg mit Kuba“ betitelt die LVZ am 4. Februar einen Kommentar zur Einstellung der bisher gängigen Praxis, angebliche kubanische „Dissidenten“ in die diplomatischen Vertretungen der westlichen Staaten in Havanna einzuladen. Die als „protokollarisch pikante Geste“ schönegeredete Handlungsweise der westlichen Botschaften war in Wirklichkeit eine einzige Frechheit, eine politische Provokation und Teil des jahrelangen erpresserischen Verhaltens gegenüber Kuba.

Ist den diplomatischen Vertretungen nicht bewusst, dass sie damit gegen ihren neutralen Status im Gastgeberland verstoßen? (Natürlich wissen sie es, aber das schert ja „demokratische“ Staaten nicht!). Diese skandalösen Vorgänge werden sogar noch als etwas ganz Normales hingestellt. Man kann nur hoffen und wünschen, dass Fi-

del Castro auch künftig allen Erpressungsversuchen und Drohgebärden der westlichen Welt, im Interesse seines Volkes, Paroli bietet. Die Unterstützung seiner Bürger, die in übergroßer Mehrheit hinter ihrem „Maximo Lider“ stehen, ist ihm gewiss.

LESER MEINEN

Wer sich immer noch mit dem Gedanken trägt, das „kubanische Problem“ mit militärischen Mitteln zu lösen, dürfte ein noch größeres Desaster erleben, als beim historischen Sieg der Revolutionären Streitkräfte Kubas nach der US-Invasion in der Schweinebucht. Es ist ein Glücksumstand, zumindest für die Ausgebeuteten und Unterdrückten dieser Welt, dass es noch immer einen so fortschrittlichen Staat wie Kuba auf der Erde gibt. Er gibt ihnen Halt und Hoffnung in ihrem trostlosen Dasein.

G. FLEISCHHAMMER,
LEIPZIG

Barbara Höll Oberbürgermeisterkandidatin der PDS Leipzig

Barbara Höll wurde am 26. 12. 1957 in Coswig geboren. Sie hat zwei erwachsene Söhne und eine fast zweijährige Tochter, sie ist alleinerziehend.

Nach dem Abitur 1976 studierte sie Philosophie in Rostow am Don. Seit 1981 war sie als wissenschaftliche Assistentin an der Handelshochschule Leipzig tätig. 1988 promovierte sie zum Dr. phil.

Von 1990 bis 2002 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages, wo sie in der PDS-Fraktion insbesondere auf dem Gebiet Finanzen / Haushalt / Steuern wirkte. 2004 wurde sie in ihrem Leipziger Wahlkreis als Direktkandidatin in den Sächsischen Landtag gewählt. In der PDS-Fraktion ist sie u. a. auf dem Gebiet Gleichstellungspolitik tätig.

Leipzig vor der Oberbürgermeisterwahl **Was OBM Tiefensee versprach ...**

Am 10. April wird in unserer Stadt der neue Bürgermeister gewählt. Auch Wolfgang Tiefensee stellt sich, wie schon vor sieben Jahren, wieder dieser Herausforderung. Und – hat er auch dieses Mal gute Chancen zu gewinnen? Ginge es nur danach, wie er seine von ihm selbst im Juni 1998 aufgestellten 10 Leitgedanken umgesetzt hat, würde es eng werden für seine weitere Karriere. Aber zum Glück, die Menschen sind vergesslich und in der Politik läuft sowieso immer alles anders. Dennoch, LN versucht, gegen das Vergessen anzugehen. Bis zur Wahl wollen wir in mehreren Beiträgen aufzeichnen, wie es um Anspruch und Wirklichkeit der Wahlversprechen Wolfgang Tiefensees bestellt ist.

Gibt man den Namen Wolfgang Tiefensee in die Internetsuchmaschine Google ein, kann man sich auch einen Lebenslauf des katholischen Leipziger SPD-Oberbürgermeisters herunterladen und liest dann: *Auf Grund seiner christlichen Erziehung war er nicht Mitglied der Jungen Pioniere und der FDJ, nahm nicht an der Jugendweihe teil und verweigerte den Dienst an der Waffe in der NVA (war Bausoldat), was seine Studiemöglichkeiten einschränkte. Ausbildung und Beruf Nach dem Abitur 1973 erwarb Wolfgang Tiefensee zunächst 1974 den Berufsabschluss als Facharbeiter für Nachrichtentechnik. Nach dem Wehrdienst ohne Waffe als Bausoldat 1976 studierte er an einer Ingenieurschule und wurde 1979 „Ingenieur für Industrielle Elektronik“. Von 1979 bis 1986 arbeitete er als Entwicklungsingenieur in der Abteilung Forschung und*

Der Mann, der zu den Hartz-Nötigungen steht

Entwicklung des VEB Fernmeldewerk Leipzig. In dieser Zeit schloss er 1982 ein berufs begleitendes Postgradualstudium als „Fachingenieur für Informatik im Bauwesen“ ab.

1986 wechselte er an die Technische Hochschule Leipzig, Fachbereich Elektroenergieanlagen. Hier erwarb er nach einem weiteren berufsbegleitenden Studium den Abschluss als „Diplomingenieur für Elektrotechnik“.

Schon schlimm, wirklich, was einem in der DDR zugemutet wurde. Wer einem Jugendlichen heute von solchen Einschränkungen seiner Berufswahl und seines Berufsweges erzählt, der erntet nicht mal mehr Lachen, nur noch traurige Blicke.

Sich dieser Problematik wohl durchaus bewusst, machte der gerade gewählte OBM Tiefensee in seiner Antrittsrede vom Juni 1998 das Thema „**Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel senken**“ zu seinem ersten Arbeits-Schwerpunkt. Sein ausdrücklicher und gewiss auch glaubhafter Wunsch war, „... dass wir im Laufe meiner Amtszeit die Arbeitslosigkeit in Leipzig deutlich reduzieren können ...“

Die tatsächliche Entwicklung sah dann nicht sehr rosig aus. Unter Tiefensees Ägide stieg die Zahl der Arbeitslosen um 50

Prozent, die der Langzeitarbeitslosen verdoppelte sich nahezu. Da konnte wohl auch für den Christen in Leipzigs Rathaus nur eines noch helfen: Die ziemlich unchristliche Hartz-Kommission. Wolfgang Tiefensee wurde darin neben wohlbestellten Bänkern und Industriebossen der einzige Ostdeutsche (Quotenossi hört er nicht so gerne). Ziel der Hartz-Kommission, die am 16. August 2003 ihr Arbeitsergebnis vorlegte, war es, die Zahl der Arbeitslosen zu halbieren.

Gekommen aber ist über die Arbeitsuchenden ein Horrorszenario mit Zumutbarkeitsklauseln, mit Strafandrohungen, mit Ich-AG und eine fürchterliche Armutskule. Und eine Arbeitslosenzahl im Januar 2005, wie sie das zwischenzeitlich auch schon krisengeschüttelte Nachkriegsdeutschland noch nicht erlebt hatte.

Wolfgang Tiefensee aber schrieb an LN (am 3. September 2004 veröffentlicht): „Zu den Ergebnissen der Hartz-Kommission stehe ich nach wie vor.“ Nicht am Wesen der Hartz-Nötigungen, lediglich an der gesetzlichen und organisatorischen Umsetzung sieht der erste Bürger Leipzigs Bedarf, nachzusehen. Zwar könne er die Sorgen und Nöte der Betroffenen nachvollziehen, aber es gäbe eben

keine Arbeitsplätze. Ansonsten ist Wolfgang Tiefensee über die „Populisten“ verärgert, die mit der Aufstachelung zu Protesten gegen die Arbeitsmarktreform bloß ihr politisches Süsschen am Köcheln halten wollen.

Da mit Herrn Hermannis derzeitigem Freispruch der *hfb* als einzigartiger Leipziger Betrieb für Beschäftigungsförderung wieder in aller Munde ist, sei erinnert: Als der *hfb* im Jahre 2002 aufgelöst wurde, hatte die Stadtverwaltung versprochen, ihre Aktivitäten auf dem zweiten Arbeitsmarkt in gleicher Höhe fortzuführen (etwa 6000 geförderte Stellen). Davon ist nicht viel übrig geblieben. Im Eigenbetrieb Engelsdorf und bei der Stadtverwaltung selbst waren es 2004 im Monatsdurchschnitt lediglich etwa 600 bis 700 Stellen. Die werden allerdings nunmehr auch weitestgehend platt gemacht. An die Stelle sollen vorwiegend 1-Euro-Jobs kommen. Bei ihrer Förderung wiederum bewegt sich die ARGE, die ja zu 50 Prozent von der Stadt getragen wird, am unteren Ende des gesetzlich Erlaubten. Andere Kommunen zahlen 1,50 Euro. Auch lächerlich, nein erbärmlich. Bei diesen Aussichten war der *hfb* in Leipzig natürlich chancenlos teuer!

Die ersten Schneeglöckchen sprießen bereits und so wird alsbald ein weiterer Leipziger Geniesparstreich nicht nur sein Unkraut und manche blumenarme Anlagen über Leipzig bringen. Die 1877 gegründete und seit 1911 im städtischen Besitz befindliche Stadtgärtnerei, eine moderne und in den letzten Jahren nochmals aufwendig modernisierte Einrichtung, musste im Zuge der Haushaltskonsolidierung sterben. Den Beschäftigten wurden zwar neue Arbeitsverträge innerhalb der Stadtreinigung angeboten. „Natürlich“ wird das nicht ohne finanzielle Einbußen gehen.

Ebenso schlimm: Die Lehrausbildung zum Gärtner für Zierpflanzenbau ist damit auch passé. Also selbst in diesem konkreten, im ureigensten städtischen Fall, ist der fromme OBM-Wunsch, „den Lehrstellenmangel zu senken“ ein solcher geblieben

Derzeit sind es immer noch jährlich etwa 2000 junge Leute in Leipzig, die nicht in einen Ausbildungsplatz vermittelt werden können. Hintergrund ist die schwache Decke der Unternehmen, die überhaupt ausbilden könnten. Im Zuge der Etatsanierung 2005 hat Leipzig nun rigoros städtische Investitionen gestrichen – und damit Aufträge und Überlebensfähigkeit für den Mittelstand.

Einmal abgesehen von der geschlossenen Stadtgärtnerei, gibt sich die Stadtverwaltung ihrerseits redlich Mühe und bildet jährlich über 100 junge Leute aus. Bloß leider, auch die können vielfach nach der Ausbildung nicht übernommen werden.

Dieses generelle Grundübel hat zur Folge, dass die Stadt weiter unter Abwanderung und Überalterung leidet. Von denen, die bleiben, sind viele arbeitslos. Im Arbeitsamtsbezirk Leipzig betrifft das derzeit etwa 8000 bzw. 11,4 Prozent Jugendliche unter 25 Jahren.

• M.W.

Traurige Nachricht aus Manhasset bei New York: Während Günter Reimann vor wenigen Wochen noch bei bester Gesundheit seinen 100. Geburtstag feiern konnte, verstarb der kommunistische Dissident und unorthodoxe Marxist überraschend in der Nacht zum Samstag. Damit endete ein auch für die Maßstäbe des „Zeitalters der Extreme“ (Eric Hobsbawm) ausgesprochen ungewöhnliches Leben, gewissermaßen eine Jahrhundertbiografie. Geboren als Hans Steinecke am 13. November 1904 in Angermünde, fand der Sohn aus jüdisch-bürgerlichem Elternhaus zur KPD. Bereits während des Studiums der Betriebs- und Volkswirtschaft in Berlin geriet der angehende Journalist jedoch in Konflikt mit der offiziellen, sich immer enger an Moskau orientierenden Parteibürokratie. Als Wirtschaftsredakteur der Roten Fahne entfaltete er nicht nur frühzeitig eine brillante analytische Begabung, sondern stellte sie von 1925 bis 1930 bewußt in den Dienst jener Kräfte unter den deutschen Kommunisten, die unter Berufung auf Rosa

Günter Reimann ist tot

Luxemburg den Marxschen Theorietyp auf das 20. Jahrhundert anwandten.

Seit dem 30. Januar 1933 im Widerstand gegen die Nazidiktatur, zwangen Reimann Herkunft und Bekanntheit in die Emigration, in der er sich von der KPD politisch und ideologisch schrittweise löste.

Nach seiner Emigration in die USA sammelte der marxistische Ökonom auch dank seiner Kontakte mit führenden Währungs- und Finanzexperten in aller Welt einmalige Kenntnisse über die inneren Zusammenhänge zwischen Geld, Währungen und dem Reproduktionsprozeß des Kapitals.

1993 verfasste der mittlerweile fast 90-Jährige mit dem Buch „Die Ohnmacht der Mächtigen. Das Kapital und die Weltkrise“ ein Resümee seiner jahrzehntelangen Studien in beiden Welten. Seine aktuelle Schlussfolgerung: „Wer glaubt, dass im Osten der Kapitalismus gesiegt hat, ist naiv ... Der Westen ist selber krank und leidet an den Krankheiten, an denen der Osten gestorben ist.“

• V. K.



Die Gedanken sind frei, / wer kann sie bezahlen, / Ohne Eltern oder Job oder Nebeneinnahmen / mal einfach so eben 1000 Euro abgeben, / dann ist es vorbei, / die Gedanken sind nicht mehr frei.

Was einst ein unbekanntes Gebührener ins Liederbuch der Deutschen schrieb, Volker Rust hat es für die große studentische Protestkundgebung am 3. Februar in Leipzig trefflich aktualisiert. Indem das Bundesverfassungsgericht am 26. Januar die 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes auch auf sächsische CDU-Initiative hin für verfassungswidrig erklärte, ist der Weg für die Einführung von allgemeinen Studiengebühren frei.

Das bedeutet im Konkreten, dass es nur noch eine Frage bürokratisch-ministeriellen Tempos ist, wann den ersten Studenten Überweisungsformulare für 500 oder viel mehr Euro ins Haus flattern. Das bedeutet im Allgemeinen, dass der Angriff auf eine der wenigen noch bestehenden demokratischen Errungenschaften der Bundesrepublik, der freie Zugang zur Bildung für alle, endgültig abgeschafft wird. Ziemlich logisch nach der „Reform“ im Gesundheitswesen, die die Zwei- oder gar schon Dreiklassenmedizin brachte; nach den „Reformen“ des Arbeitsmarktes, die einen tiefen Keil ins werktätige Volk treiben und doch nur den Niedrig- und Niedrigstlohn zum Normallohn erheben wol-

len. Insofern sind jene studentischen Vertreter gut beraten, die diesen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang sehen. Zumal sie ja nicht ewig Studierende sein werden und schon bald auch die anderen „Reform“-Gräuel dieser maroden Gesellschaft zu spüren bekommen.

Kein Student, kein Professor, kein Dozent, der den tatsächlichen Reformbedarf des Hochschulsystems nicht sähe. Aber warum so ideenlos, so unprofes-

sionell? Reformieren, das heißt doch nicht deformieren – so dieser Tage klug formuliert in einer studentischen Stellungnahme.

Dabei hat seit längerem die nicht ganz unraffinierte Debatte über Studiengebühren einen besonderen Stellenwert für alle möglichen Reformer. Mit verschiedenen Gebührenmodellen bis zu 3000 Euro pro Semester, mit Begriffen wie Vollدارlehen, Bildungsgutschein, Studienkonto, Stipendiensystem wurde gezielt heillose Verwirrung gestiftet

und/oder der lähmende Eindruck erweckt, dass es ohne Gebühren sowieso nicht mehr gehe und sie bestimmt längst beschlossen seien. Sozialverträglich natürlich und nur zum Besten der Hochschulen. Na, hoffentlich gelingt es, die eingenommenen Gelder auch gut vor dem Finanzminister zu verstecken. – Spaß beiseite, das funktioniert sowieso nicht. Abgesehen vom neu erweckten Bildungsmonopol für Reiche bringen Studiengebühren dem Volk nichts.

Sprösslingen der Reichen und Schönen rekrutiert. Soziale Auslese bietet keine gute Aussicht für einen Wirtschaftsstandort. Zudem werden Hochschulen, die sich dem Gebührenmodell verweigern, einen Bildungstourismus erleben, dessen Ansturm eine qualifizierte Lehre und Forschung nicht gewachsen sind. Entweder sie geben früher oder später ihre Inselsituation auf oder sie bieten Drittklassigkeit. Ferner ist es eine Farce zu behaupten, mit der Einführung der Studiengebühren sei der Student sozusagen Kunde und habe mehr Mitspracherecht. Weitau einfacher – aber ohnehin nicht gewollt – wäre das durch paritätisch besetzte Hochschulgremien zu erreichen.

Deutschland lernt doch sehr gern von den USA oder von Großbritannien. Dort haben (wie in Österreich oder Australien auch) Studiengebühren die Lage an den Universitäten eher verschlechtert. Zum Beispiel, weil „Eliteuniversitäten“ nicht versprechen, dass hier die (notwendige) Elite heranwächst, die sich ja nicht unbedingt aus den

Welch elitär abgehobene Klientel sich andererseits bereits an den Hochschulen breitmacht (die Studiengebühren durchaus befürwortet, damit man wieder völlig unter sich ist) bewiesen Weimarer Studenten am vergangenen Wochenende anlässlich der *Fidelio*-Premiere in ihrer Stadt. Sie folgten 50 Mann hoch dem Regie-Aufruf, am Ende der Vorstellung ihren Protest gegen die Gesellschaft auf die Bühne zu tragen: Die Landesregierung solle schleunigst ihr Verbot des Studentenfischings zurücknehmen! • M. WARTELSTEINER



8000 STUDENTEN waren am 3. Februar in Leipzig auf der Straße, um gegen die drohenden Studiengebühren zu protestieren.

Foto: Märker

In der vorigen Ausgabe veröffentlichen wir einen Brief von Siegfried Heinrich aus dem Waldstraßenviertel, der angesichts des beschlossenen Abrisses der „Kleinen Funkenburg“ sein Recht auf Mitsprache einklagte. Wie angekündigt, heute die Ansicht des Sprechers für Stadtentwicklung der PDS-Stadtratsfraktion, **SIEGFRIED SCHLEGEL**, generell zum Problem Stadtbau und Abriss.

Die Ausweisung des Waldstraßenviertels als Sanierungsgebiet unter „städtebaulichem Denkmalschutz“ bezieht sich auf das gesamte Ensemble und die Struktur sowie auf die Möglichkeit, Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Das schließt nicht aus, dass auch an einzelnen Stellen Korrekturen vorgenommen und einzelne Gebäude abgerissen werden.

Selbstverständlich für die PDS-Fraktion ist dabei, dass auch der Stadtbau mit den Betroffenen organisiert wird und keinesfalls gegen sie. Wiederholt haben wir betont, dass die Akzeptanz um so größer ist, wenn sich keiner bedroht fühlt.

Bereits im Oktober 2000 beschloss Leipzig den Stadtentwicklungsplan mit den Teilplä-

nen Wohnungsbau und Stadterneuerung. Erst zwei Jahre später wurde nach weiteren Untersuchungen der Teilplan Großwohnsiedlungen beschlossen. Der Teilplan Stadterneuerung bezieht sich auf die Altbaugebiete. Das Areal um die jetzt heftig diskutierte Funkenburg ist als Erhaltungsgebiet ausgewiesen, anders als die anderen Abschnitte der Jahnallee ist die Straßenkante aber nicht als „Gebäudezeile mit Erhaltungspriorität“ ausgewiesen.

Eine behutsame Stadterneuerung kann aber nicht nach Maßgaben in der Art erfolgen, dass Stadtbau zwar unbedingt notwendig sei, aber bitte nicht jetzt und genau an dieser Stelle, auf keinem Fall vor meiner Haustür.

Wenn am Abriss von mehreren tausend baukonstruktiv intakter und erst wenige Jahrzehnte alter Wohnungen, wie in Grünau, kein Weg vorbei führt, muss es auch möglich sein, bautechnisch verschlissene, 100–150 Jahre alte Gebäude abzureißen. Punktuell kann das sogar ein unter Denkmalschutz stehendes Gründerzeithaus ohne geschichtliche Bedeutung betreffen, um zeitgemäßen Ansprü-

chen genügende Straßenräume zu schaffen.

In wichtigen hochbelasteten Verkehrsachsen, die beispielsweise das Zentrum mit dem Waldstraßenviertel, das Sportforum sowie Lindenau, Leutzsch und Grünau und dem Osten verbinden, soll in Leipzig ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr mit behindertengerechten Stadtbahnfahrzeugen und -haltestellen verwirklicht werden. Ein wichtiger Streckenabschnitt der Ost-West-Achse ist dabei die Jahnallee. Haltestellen mit solchen Anforderungen lassen sich bei gleichzeitigem Kfz-Verkehr nicht in dem zu erhaltenden Gründerzeitstraßenraum zwischen Lessingstraße und Waldplatz realisieren.

Zugleich müssen auch die Forderungen der Bewohner und des Bürgervereins des Waldstraßenviertels berücksichtigt werden, wonach unbedingt der Durchgangsverkehr stadtauswärts aus der Lessing- und Gustav-Adolf-Straße herausgenommen werden sollte.

Anfangs erschien das für den Stadtrat zwar nachvollziehbar, aber nicht realisierbar. Deshalb erarbeitete über mehrere Jahre eine Arbeitsgruppe – bestehend

aus Stadtverwaltung und -räten sowie Mitgliedern des Bürgervereins Waldstraßenviertel – Verkehrslösungen für diesen Stadtteil. Zuhauf leerstehende Wohnungen bzw. sogar ganze Häuser in der Lessing- und Gustav-Adolf-Straße können nunmehr für das Wohnen wieder attraktiv werden.

Die immer wieder erwähnten Investoren, die für die Kleine Funkenburg eine Unterquerung für den mit Booten befahrbaren Elstermühlgrabenarm realisieren wollen, existieren nur als Geist. Angesichts knapper Kassen ist die weitere Öffnung von Flussarmen in Leipzigs Innenstadt als wichtiges städtebauliches Element derzeit immer schwerer vermittelbar. Nunmehr, auch wegen des Hochwasserschutzes, sind Flussöffnungen nur zu akzeptieren, wenn sie zur Erhöhung der Attraktivität in den Stadtteilen führen und nicht, weil das irgendwann mal irgendwie so war. Selbst wenn die Denkmalspflegemittel in Millionenhöhe für eine aufwendige Unterquerung der Kleinen Funkenburg zur Verfügung stünden, wäre dieses Geld mit Sicherheit für die Sanierung

mehrerer Gründerzeithäuser in der Nachbarschaft nutzbringender eingesetzt.

Auch in westeuropäischen Ländern wurden bis in die 70-er Jahre hinein Kirchen abgerissen, wenn dies beispielsweise Straßenbauprojekte erforderten. Für die PDS-Fraktion macht sich durch den Ausbau der Jahnallee eine – von anderen Fraktionen bisher nicht ausgeschlossene – Stadtautobahn durch das Rosental überflüssig. Für jemanden, der selbst Jahrzehnte seines Lebens am Bau von zehntausenden Wohnungen und vielen Einrichtungen des Gemeinbedarfs in Leipzig und außerhalb unmittelbar mitgewirkt hat, ist jeder Gebäudeabriss eine schwere Gewissensentscheidung. Die Bauarbeiter aller Generationen haben in ihrem Arbeitsleben auch bei brütender Sommerhitze und in kalten Wintern mit Verstand und Herz gebaut. Genossenschaftler haben Arbeitsstunden geleistet, viele halfen in freiwilligen Arbeitseinsätzen mit. Jeder Stadt- oder Ortsteil ist Heimat für seine Bewohner. Die Achtung vor diesen Leistungen gebietet ein Höchstmaß an Verantwortung und Sensibilität beim Stadtbau.

Nicht jeder Abriss ist zu vermeiden

Sehr geehrter Herr Wonka,

am 3. Februar 2005 haben Sie in der LVZ die Rede des Bundespräsidenten Köhler vor dem israelischen Parlament kommentierend bewertet. Sie meinen, dass der Bundespräsident „glücklicherweise“ auf einen „Rede-Effekt in Richtung NPD“ verzichtet habe. „Kein Deutscher sollte meinen“, schreiben Sie, „eine neuerliche Verbotsforderung würde ideologische und historische Befreiung bedeuten. Im Gegenteil. Darauf reduziertes Denken ist ebenso verlogen, wie der staatlich verordnete DDR-Anti-Faschismus.“ Damit wollen Sie sagen, dass der Antifaschismus der DDR unaufrichtig und heuchlerisch war. Dem widerspreche ich als Historiker und Politikwissenschaftler. Sie ignorieren, dass die DDR in absoluter Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen handelte, in dem die Ausrottung des Nazismus festgeschrieben war. Dazu hieß es: „Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten, alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen, es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können, jeder nazistischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“ Gemäß dieser Pflicht, die dem ganzen deutschen Volk auferlegt war, war der Antifaschismus ein grundlegendes Staatsprinzip der DDR und damit auch der Volksbildung im weitesten Sinne des Wortes, das ihren Ausdruck auch im Gesetzeswerk fand. In dieser Hinsicht war in der DDR der Antifaschismus keine persönliche Ermessensfrage, sondern eine staatsbürgerliche Norm, die dem Schwur der Antifaschisten, die die Höllen des bestialischen Faschismus überlebt hatten, entsprach: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Daher war es auch kein Zufall, dass an der Spitze der DDR Antifaschisten standen, die unter Einsatz ihres Lebens gegen den Faschismus gekämpft hatten.

Sie unterstellen, dass es in der DDR beim Verbot des Faschismus und jeglicher neofaschistischer Betätigung und Propaganda blieb. Ich selbst habe das jedoch völlig anders erlebt. Zahlreiche zeitge-

nössische Quellen zeugen davon, dass eine breite öffentliche Diskussion zu den Ursachen des Faschismus und den Lehren aus der Herrschaft des Faschismus gerade in der SBZ und auch später in der DDR geführt wurde. Kunst, Wissenschaft und Bildung waren durch diese geistige Auseinandersetzung mit den dunkelsten Seiten der deutschen Geschichte geprägt. Dabei übersehe ich nicht, dass es vor allem in den 80er Jahren eine Vernachlässigung insbesondere im Dialog mit jungen Menschen gab, dass nicht selten administrative Anweisungen dominierten, engstirnige Urteile mit negativen Auswirkungen gefällt wor-

den Rechtsentwicklung nicht vor dem Antifaschismus in der DDR halt. Dessen Diskriminierung soll dazu dienen, Forderungen nach einem Verbot der NPD entgegenzuwirken, wobei wohl kaum jemand glaubt, dass ein Verbot allein genügt, sondern vielmehr betont wird, dass zugleich eine geistige Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus unerlässlich ist.

Obwohl es eine durch den Verlauf der Geschichte geprägte Volksweisheit ist: „Wer den Anfängen nicht wehrt, läuft Gefahr, die folgenden Ereignisse nicht mehr kontrollieren zu können“, handelte bisher das politische System der BRD

Offener Brief an Dieter Wonka, LVZ**Warum beschmutzen Sie den Antifaschismus der DDR?**

den sind. Die zugespitzten politischen und ideologischen Auseinandersetzungen unter den Bedingungen des Kalten Krieges hatten auch hier ihre Spuren. Ebenso war auch eine gewisse Einengung des DDR-Antifaschismus auf den kommunistischen Widerstand, der allerdings der umfassendste und opferreichste war, nicht zu übersehen.

Was zu den Entwicklungen in der BRD zu sagen wäre, so sollten Sie sich selbst sachkundig machen, wofür ich ihnen vor allem das 1965 in der DDR erschienene „Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik (Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft)“ und das von Dieter Schenk 2001 veröffentlichte Buch „Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA“ empfehle. Vielleicht verstehen Sie dann, warum ich mich gegen ihre Diffamierung des DDR-Antifaschismus verwahre.

Ich gewinne mehr und mehr den Eindruck, dass nicht wenige Politiker und Journalisten angesichts der dramatischen sozialen Verwerfungen in unserem Lande eine ihrer Aufgaben darin sehen, die DDR forciert zu verteuflern. Dabei machen sie selbst angesichts der zunehmen-

dehrenden Verantwortung nicht gerecht, weshalb der braune Ungeist auf seinem Marsch in die Parlamente an Boden gewinnen konnte. Daher stimme ich Herrn Schimon Stein, Israels Botschafter in Deutschland, zu, wenn er sagt: „Der demokratische Staat Deutschland muss sich gegen die antidemokratischen Kräfte mit allen Mitteln wehren, die einem demokratischen Staat zur Verfügung stehen. Aber ohne das Engagement der Zivilgesellschaft, ohne den ‚Aufstand der Anständigen‘ bleibt das nur Stückwerk.“

Man braucht die DDR nicht zu lieben. Aber zu versuchen, ihren Antifaschismus zu beschmutzen und damit Millionen von Menschen zu beleidigen, die als Bürger der DDR ehrlich und engagiert bis zum Ende ihres Staates dessen Antifaschismus verinnerlicht hatten und ihm treu geblieben sind, ist nicht nur geschmacklos und töricht, sondern zeugt davon, dass Sie auch heute noch den Kalten Krieg gegen die DDR fortführen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Kurt Schneider

Mitglied des Bundes der Antifaschisten

Schleichender Unternehmenstod mit neuen Opfern

„Wenn du denkst, es geht nicht mehr – kommt von irgendwo ein Lichtlein her.“ So sprach die verzweifelte Frau des Meisters aus dem ehemaligen DDR-Vorzeigebetrieb, dem Mähdrescherwerk Neustadt, zur LVZ-Reporterin, nachdem pünktlich in der Vorweihnachtszeit zwei gefürchtete blaue Briefe für Mann und Sohn einflogen. Der Spruch stamme ja noch von der Großmutter. Aus ganz schlechten Zeiten. Also vor der DDR! In der DDR aber war das ein Großbetrieb, zuverlässiger Arbeitgeber für die Region und Produzent von Erntemaschinen der bekannten E-Reihe für die LPG-Großflächen und den Export. Nach dem Aus für die letzte größere Firma ist die Wirtschaft der Stadt und des Umfeldes faktisch tot. Von ein paar Neustädter Handwerkern und Händlern abgesehen.

Wer nun denkt, dass ein Unglück selten allein kommt, der hat recht. Der Abschied eines weiteren Musterunternehmens der ehemaligen DDR, des Anwenders der Nähwerktechnik „Malimo“, zuletzt tätig als „Malitech“ in Auerbach, schlug extrem schmerzhaft ein. Die Erfindung von Professor Mauersberger hat einst die Textilveredlung revolutioniert und den Maschinenbau herausgefordert. Vierzehn Jahre nach der Wende ging eine glanzvolle Ära mit Schock und Schande zu Ende. Die Fertigung wird ins Ausland „verschoben“. Neue Brüsseler Fördermittel, von der BRD mitfinanziert, und günstigere Kostenstrukturen wirken stärker als Tradition und qualifizierte Fachkräfte. Der Bürgermeister zeigte sich betroffen – und der Vertreter der Belegschaft ebenfalls.

Vielleicht kreuzt ja aber dort auch das besagte Lichtlein auf. In Dresden, bei der Landesregierung, muss es schon angekommen sein. Sagt diese doch allen tiefgläubigen sächsischen Menschen einmal pro Jahr, dass „wir“ es schaffen!

Inzwischen erst mal reihenweise neue Hiobsbotschaften: Schott macht dicht, die Kahlaer Porzellanwerke meldeten Insolvenz an, Lautex, die ziemlich allerletzten Lausitzer Textilwerke, geben auf... **J. SPITZNER**

SO SEHE ICH DAS

Dass die Neonazis im Sächsischen Landtag sich provokativ antifaschistischem Gedankensetzen widersetzen und dies mit hetzerischen Parolen unterstrichen, hat nicht nur weitgehend einmütig Proteste hervorgerufen (obwohl nach Paul Spiegel ein „Aufstand der Anständigen“ ausgeblieben ist), sondern bei einigen Politikern, wenn man ihnen glauben darf, auch tiefe Bestürzung und Entsetzen. Da muss man sich schon fragen, wo sie bisher ihre Augen und Ohren hatten.



Immerhin waren die Pfui-Rufe gut zu hören, aber was dann folgte, war eine ausgedehnte Ratlosigkeit, die sich in hilflose Appelle und akademische Erwägungen flüchtete mit einem so facettenreichen Wenn und Aber, dass einem schaudern musste vor dieser Art Demokratie, die mit ihrer Gemächlichkeit drauf und dran ist, sich selbst zu zerstören. Schon bei der Frage, was man sofort tun muss (unbeschadet rechtlicher, auch ver-

fassungsrechtlicher Konsequenzen), gingen die Meinungen auseinander. Wenigstens wollte die Staatsanwaltschaft Dresden prüfen, ob die Vorfälle strafrechtlich relevant sind. Doch schon drei Tage später hört man von Oberstaatsanwalt Feron, man sehe „keine rechtliche Handhabe für eine Strafverfolgung“. Wie gehabt wurde

Was kommt nach der Betroffenheit?

damit ignoriert, dass neofaschistisches Gebahren nicht schlechthin eine Meinungsäußerung ist, sondern Volksverhetzung. Erst mit der Anzeige eines Rechtsanwalts wurde eine neue Prüfung in Aussicht gestellt.

Solche praktische Schlussfolgerung wie der Vorschlag Ströbeles, die geplante Demo der Neonazis am 8. Mai am Brandenburger Tor durch eine Gegendemonstration zu verhindern, sind zweifellos ein richtiger Weg – unabhängig von einem neuen, fundierten Verbotverfahren.

Es blieben auch Stimmen nicht aus, die ausdrücklich vor allzu strengem Vorgehen gegen die NPD warnten, eher ein „Laissez faire“ anmahnten. So forderte Biedenkopf „eine gelassenes Reagieren“ auf die Provokationen der Rechtsextremen bzw. dazu zu schweigen. Nicht das erste Mal schlug er solche Töne an.

Was die Verbotserwägungen betrifft, forderte zuerst Porsch im Namen der PDS ein neues Verbotverfahren – ohne dabei alles auf diese Karte zu setzen und politische Entlarvung und Auseinandersetzung hintenanzustellen, im Gegenteil. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Weißberger will eine Verfassungsänderung, die hel-

fen soll, den Rechtsextremen das Handwerk zu legen. Auch Milbradt, Sachsens Justizminister Mackenroth und Cornelius Weiss (SPD) dachten öffentlich über ein Verbot nach (Mackenroth aber jüngst „äußerst skeptisch“). Inzwischen dominieren in Sachsen von Hähle und Ilten („das Kind nicht mit dem Bade ausschütten“) bis Jurk die ablehnenden Stimmen. Andere, wie Innenminister de Maiziere, konstruieren unsinnigerweise ein Entweder-Oder („... abwägen, ob wir die politische Auseinandersetzung durch eine juristische ersetzen“).

Der Bundeskanzler benennt zwar klar die Verfassungsfeindlichkeit der NPD, zugleich aber windet er sich in einer fatalen Unentschlossenheit des Handelns: Es werde zu prüfen sein, ob es eine Chance gebe, die Justiz von der Notwendigkeit eines Verbots zu überzeugen... Schily

und Ströbele gaben sich vorwiegend skeptisch, führten als Gegenargumente Risiken an und Propagandachancen der NPD. Offenbar will Schily jetzt mit einer Verschärfung des Versammlungsrechts einem Verbotantrag aus dem Wege gehen. Auch nicht wenige demokratische Initiativen meldeten angesichts des vor zwei Jahren verpuschten Verbotantrags Bedenken an.

Stoiber, Gerhardt und andere von der rechten Flanke der Bundespolitik sprachen sich deutlich gegen ein Verbot aus. Der Diskurs der letzten Wochen zu den Positionen der NPD und den Handlungsgebieten der Demokraten zeigt, wie führende Politiker mit viel Ideen und Energie zu erklären versuchen, wie man den Kampf gegen die Neonazis nicht führen dürfe, während sie in der angemahnten politischen Auseinandersetzung selbst kaum wirksam werden – wie bisher.

Bedenklich in der ganzen Debatte ist auch, dass keiner von ihnen die Frage nach den Ursachen für das wachsende Aufkommen der Neonazis gestellt, geschweige denn beantwortet und Folgerungen gezogen hat. Da muss man sich wohl fragen, ob das tatsächlich nur politischer Blindheit oder Gefahrenunterschätzung geschuldet ist.

• GÜNTER LIPPOLD



Jurk muss handeln

Nach Bekanntwerden der neuesten Arbeitsmarktdaten äußerte die PDS-Landtagsabgeordnete Caren Ley u. a.:

Die Tatsache, dass die Sozialministerin jetzt federführend bei der Umsetzung von Hartz IV ist, während sich der Wirtschafts- und Arbeitsminister auf eine Gastrolle zurückzog, offenbart die Konzeptionslosigkeit der sächsischen Staatsregierung zum Thema Arbeitsmarktpolitik. Minister Jurk empfindet offensichtlich keine Zuständigkeit für die 300 000 Sachsen, die jetzt das Prädikat Arbeitslosengeld-II-Empfänger tragen. Deutlicher kann man den Betroffenen wohl kaum zeigen, dass man für sie keine Hoffnung mehr auf dem Arbeitsmarkt sieht und sie deshalb als Sozialfälle abstempelt. In seiner Antwort auf den Antrag der Fraktion der PDS „Initiative der Staatsregierung zur Sicherung der Beschäftigung arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen in Sachsen“ brachte Minister Jurk zum Ausdruck, dass er weder gegenüber dem Bund noch im Land bereit ist, arbeitsmarktpolitische Initiativen auszulösen.

Die Schonfrist für unverbindliche Formelkompromisse der Koalitionsvereinbarung ist mit den bekannt gewordenen Zahlen endgültig vorbei. Die PDS fordert, dass Arbeitsminister Jurk die arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen und landespezifischen Fördermaßnahmen umgehend vorlegt.

Hartz IV offenbart Belastungen für Betroffene und Kommunen

LN. Immer mehr Hartz-IV-Betroffene in Sachsen beklagen, dass die erstatteten Kosten für Unterkunft zu niedrig sind und die Aufwendungen z. T. nicht einmal annähernd ausgleichen. Der Hartz-IV-Ombudsrat hat festgestellt, dass die Kommunen recht unterschiedlich mit Kostenerstattung umgehen. Dagegen wollte die Regierung in der von der PDS-Landtagsfraktion beantragten Aktuellen Debatte am 20. Januar diese Tatsachen nicht wahrhaben. Es könne sich nur um Einzelbeispiele handeln, die von der PDS hochstilisiert

würden. Dazu erklärte der sozialpolitische Sprecher der PDS-Fraktion Dr. Dietmar Pellmann: „Uns liegen Hunderte Beispiele eines offenkundig gesetzeswidrigen Umgangs mit den Kosten der Unterkunft aus ganz Sachsen vor, die sich zu einem Trend bündeln. Ich fordere die Staatsregierung auf, sich endlich selbst ein Bild über die Situation zu verschaffen und ihrer Aufsichtspflicht gegenüber solchen Kommunen nachzukommen, die sich nicht an die Gesetze halten.“ Dabei sei vor allem gegen Entscheidungen vor-

zugehen, die die Kosten nur teilweise berücksichtigen, obwohl zumindest bis Jahresmitte die volle Warmmiete zu erstatten wäre. Bei Wohneigentümern werde oft nicht einmal die Hälfte der Kosten erstattet.

Pellmann kritisiert auch, dass Sachsens Regierung die Ausgleichszuweisungen des Bundes für die Belastungen der Kommunen bei der Umsetzung von Hartz IV nicht nach den wirklichen Aufwendungen, sondern nach der Einwohnerzahl vergibt. Auch Leipzig werde dadurch benachteiligt.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Januar
Sachsen 432 634,
Leipzig 77 869

Deutschland insgesamt mit nunmehr über 5 Millionen Arbeitslosen wie auch Sachsen und der Leipziger Arbeitsagenturbezirk weisen Ende Januar Rekordwerte aus. Neben der üblichen Steigerung am Jahresanfang liegt die Ursache in einer veränderten Erfassung der Erwerbslosen. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sind jetzt auch die bisherigen arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger mit in der Arbeitslosenstatistik erfasst. Bisher Verdecktes ist zutage getreten.



Bei insgesamt 77 896 Arbeitslosen im Bereich Leipzig beträgt der Zuwachs an Arbeitslosen im Januar 6484. Wie hoch daran der Anteil ehemaliger arbeitssuchender Sozialhilfeempfänger ist, konnte Arbeitsagenturchef Dr. Meyer nicht konkret sagen. Nur soviel: Der „normale“ Anstieg sei überdurchschnittlich hoch. Das kommt auch zum Ausdruck im weiter gesunkenen Stellenzugang und im niedrigeren Stellenbestand wie auch in der wiederum gesunkenen Anzahl von ABM und Fortbildungsmaßnahmen. Der Zugang an Arbeitslosen im Januar geht mit 1233 wesentlich zu Lasten der Jüngeren unter 25 Jahren, die jetzt mit insgesamt 8847 Personen zu Buche stehen. Langzeitarbeitslose gibt es 400 mehr. In Sachsen betrug bei nunmehr 432 634 Arbeitslosen der Zuwachs im Januar 34 760, das entspricht einer Quote von 19,6 Prozent. Innerhalb des Landes liegen die Arbeitslosenquoten zwischen 23,0 Prozent im Agenturbezirk Bautzen und 14,8 Prozent in Dresden. Leipzig liegt mit 20,1 Prozent in der oberen Hälfte.

• G. L.

Sachsen soll beim Nein der Ministerin bleiben

LN. Die PDS-Fraktion ermutigte die sächsische Wissenschaftsministerin Barbara Ludwig (SPD), an ihrem Nein zu Studiengebühren in Sachsen festzuhalten. Der Vorsitzende der PDS-Landtagsfraktion Fraktion, Prof. Dr. Peter Porsch, und die hochschulpolitische Sprecherin, Heike Werner, erklärten zur Entscheidung des Bundes-

verfassungsgerichts, Studiengebühren seien rechtmäßig:

„Wissen und Können der Älteren sind kein Privatbesitz und keine Ware. Sie wurden von der vorhergehenden Generation erworben, um sie auszubauen und an die nächste Generation weiterzugeben.“ Nach einer Studie stelle aber nur für ein Zehntel der Eltern die Finanzierung des

Studiums ihrer Kinder kein Problem dar, für 53 Prozent würde ein Studium ohne Förderung nicht möglich sein. Daher müsse die Mahnung des Verfassungsgerichts, den Belangen einkommensschwacher Bevölkerungskreise Rechnung zu tragen, dadurch Beachtung finden, dass Sachsen die Finger von Studiengebühren lässt.

Doppelarbeit

LN. Ministerpräsident Milbradt hat eine Expertenkommission berufen, die den demografischen Wandel in Sachsen – Bevölkerungsrückgang und -alterung – untersuchen und Schlussfolgerungen vorschlagen soll. Er brüskierte damit den Landtag, der bereits im vergangenen Jahr eine Enquetekommission zum gleichen Thema eingesetzt hatte. Der PDS-Landtagsabgeordnete Ronald Weckesser befürchtet zudem angesichts der Zusammensetzung von Milbradts Gremium und seiner Zielstellung politische Einseitigkeit wie bei der sächsisch-bayerischen Zukunftskommission seines Amtsvorgängers Biedenkopf.

Polizeihaushalt

LN. Während Sachsens Regierung ankündigte, für eine effektivere Arbeit der Polizei sorgen zu wollen, weist ihr Haushaltsplanentwurf wesentliche Mittelkürzungen aus. Der polizeiliche Sachhaushalt bei laufenden Kosten soll gegenüber 2004 um sieben Millionen Euro und der Investitionshaushalt um zehn Millionen reduziert werden. Die Polizeigewerkschaft befürchtet, dass eine ordentliche Polizeiarbeit gefährdet wird. Hinzu kommt ein Abbau weiterer 310 Stellen bis 2008. Die PDS-Fraktion forderte den Innenminister auf, zu den Auswirkungen der Mittelkürzungen im Polizeibereich Stellung zu nehmen.

30 000 Widersprüche

LN. Bei den sächsischen Arbeitsagenturen sind bis Ende Januar über 30 000 Widersprüche gegen Bescheide zum Arbeitslosengeld II eingegangen. Das entspricht 13,8 Prozent der Bescheide, teilte die Regionaldirektion mit. In den meisten Fällen geht es um die Kosten für Unterkunft und Heizung sowie um die Anrechnung von Einkommen. Der Chef der Landesarbeitsagentur, Fuß, kündigte an, dass Berechnungsfehler schnell korrigiert würden. Der Behörde zufolge wurden in Sachsen etwa 24 000 Anträge auf ALG II abgelehnt, vor allem wegen privaten Wohneigentums und zusätzlicher Einnahmen.

26. Januar

Chemnitz. Der Stadtrat wählt mit 26 von 52 Stimmen die PDS-Kandidatin Heidemarie Lüth, bisher Fraktionsvorsitzende im Kreistag Leipziger Land, zur Bürgermeisterin für Soziales und Kultur.

27. Januar

Dresden. Vertreter der CDU-Kreisverbände Mittweida und Freiberg sprechen sich dafür aus, dass Ministerpräsident Milbradt künftig nicht zugleich Landesvorsitzender der Partei sein soll. Milbradt schließt einen Verzicht auf das Parteiamt kategorisch aus und findet damit Unterstützung bei mehreren CDU-Kreisvorsitzenden.

Dresden. Bildungsminister Flath senkt die Anforderungen für den Übergang zum Gymnasium nach der vierten Klasse von einem Notendurchschnitt 2,0 in Deutsch und Mathematik auf 2,5.

28. Januar

Leipzig. Wie eine bundesweite Erhebung der Kassenärztlichen Vereinigung ergibt, haben 2004 auch in Sachsen weniger Bürger als bisher den Arzt aufge-

sucht, und rund 20 000 Patienten haben keine Praxisgebühr entrichtet.

29. Januar

Dresden. CDU- und SPD-Landtagsfraktion fordern von der Bundesregierung Maßnahmen zur Unterbindung des Tanktourismus, um das wirtschaftliche Überleben der Tankstellen in den Grenzgebieten zu sichern.

Pirna. Ein Parteitag der sächsischen Grünen fordert von der Landesregierung ein klares Auftreten gegen die NPD. Er wählt als neue neue Doppelspitze die Dresdner Stadträtin Eva Jähnigen und Claus Krüger aus Sebnitz. Der bisherige Landessprecher Karl-Heinz Gerstenberg war nach zehn Jahren zurückgetreten.

31. Januar

Leipzig. Die Staatsanwaltschaft eröffnet

ein Ermittlungsverfahren gegen die Chefin der Landesbanktochter Mitteldeutsche Leasing AG, Andrea Braun, Lebensgefährtin von LB-Chef Weiss, wegen des Verdachts der Insolvenzverschleppung. Ein Untreue-Vorwurf wird noch geprüft.

1. Februar

Neugersdorf. Das Textilunternehmen Neue Erba Lautex GmbH kündigt allen Mitarbeitern zum 30. Juni. Trotz guter Auftragslage von Weberei und Veredelung hat sich kein neuer Investor gefunden. Die Suche wird durch eine Rückforderung von Beihilfen der EU in Millionenhöhe erschwert.

Augsburg. Die Walter Bau-AG, Auftragnehmer für den Bau des Leipziger City-Tunnels, meldet wegen Zahlungsschwierigkeiten nach wochenlangen vergebli-

chen Rettungsversuchen Insolvenz an. Weitere Insolvenzen von Tochterfirmen werden für wahrscheinlich gehalten.

Dresden. Das Kabinett entscheidet, dass das vogtländische Reichenbach die Landesgartenschau 2009 ausrichtet.

3. Februar

Dresden. Wie das Regierungspräsidium mitteilt, laufen gegen Oberbürgermeister Roßberg disziplinarrechtliche Ermittlungen wegen Untreueverdachts im Zusammenhang mit Verträgen, die die Stadt mit Fluthilfekoordinator Sehm schloss. Auch die Staatsanwaltschaft ermittelt.

4. Februar

Chemnitz. Die Bewohner der Stadt müssen nach einem Vergleich von 45 deutschen Großstädten den höchsten Strompreis bezahlen. Maßstab war ein Haushalt mit 4000 Kwh Jahresverbrauch. Dafür müssen in Chemnitz 828 Euro gezahlt werden, fast 150 mehr als in Bielefeld.

Dresden. Das Landtagspräsidium untersagt der NPD eine öffentliche Veranstaltung im Landtagsgebäude zum 60. Jahrestag der Bombardierung Dresdens.

SACHSEN-CHRONIK

25. Januar bis 7. Februar

Von **MANFRED BOLS**

„Nein zum Nein“ – der Slogan ist inzwischen zum Markenzeichen von Yvonne Kaufmann geworden, denn sie gebraucht ihn auch für sich – zum Beispiel als Titel einer vierseitigen (!) Begründung für ihre Zustimmung zur umstrittenen EU-Verfassung am 12. Januar 2005 in Straßburg. Das Schriftstück war zusammen mit anderen Papieren Inhalt einer Pressemappe, die sie anlässlich der Eröffnung ihres Abgeordnetenbüros im Leipziger linXXnet Besuchern und Pressevertretern überreichte.

Gäste der Veranstaltung waren u. a. Vertreter der Stadt Leipzig, des DGB, der IHK, der Universität, des russischen und des polnischen Generalkonsulates.

LinXXnet

Das „Linke Netzwerk“ ist eine bürgerorientierte Begegnungsstätte der PDS in der Bornaischen Strasse 3d, die seit März 2000 besteht. Zunächst war sie von den Landtagsabgeordneten Heike Werner, Steffen Tippach und Katja Kipping finanziert worden. Vor kurzem kamen Sebastian Scheel und Volker Külow dazu und seit 28. Januar 2005 nun Yvonne Kaufmann, die sich in Arbeitsteilung mit den anderen sechs PDS-Europaabgeordneten für das Land Sachsen verantwortlich ist.

Das Büro will sich abheben vom Bild des klassischen Wahlkreisbüros und verfolgt das Ziel, Politik als Anliegen und Sache aller zu ermöglichen. Das beinhaltet u. a. die Beratung von Bürgern und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die Bearbeitung von Anfragen, die Organisation von Veranstaltungen und die Bereitstellung von Räumen und Arbeitsmitteln. Juliane Nagel ist die Leipziger Mitarbeiterin von Yvonne Kaufmann, gleichzeitig jugendpolitische Sprecherin des PDS-Landesvorstandes Sachsen.

Streitfall EU-Verfassung

Doch zurück zum Thema EU-Verfassung. Im Gegensatz zu Yvonne Kaufmann stimmen die anderen sechs Abgeordneten der PDS (Zimmer, Wagenknecht, Uca, Brie, Markov, Pflüger) gegen das neue europäische Grundgesetz. Mit Nein votierte auch die Mehrheit ihrer 41-köpfigen Fraktion, genannt Konföderale Fraktion der Vereinigten Linken/Nordisch Grüne Linke (GUE/NGL). 500 der 677 (von

Im Schatten des Nein zum Nein

Am 28. Januar 2005 eröffnete die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann (PDS) in Leipzig ihr Abgeordnetenbüro



Dr. Kaufmann während der Eröffnung ihres Leipziger Abgeordnetenbüros.

Foto: Märker

732) anwesenden Abgeordneten des Europäischen Parlaments stimmten für das Dokument, 40 Parlamentarier enthielten sich der Stimme. Das Votum des Parlaments hat allerdings rechtlich keine bindende Wirkung.

Mit ihrer Ablehnung hielten sich die sechs Europaabgeordneten der PDS an den Beschluss der 3. Tagung des 8. Parteitagess vom 31. Januar 2004, der sich für ein klares Nein zur EU-Verfassung ausgesprochen hatte. Gründe der Ablehnung waren die Gewissheit, dass die Prinzipien des Neoliberalismus (u. a. offene Marktwirtschaft im freien Wettbewerb) Verfassungsrang erhalten würden und insbesondere die Gefahr der weiteren Militarisierung der Europäischen Union bis hin zur globalen Kriegsführungsfähigkeit. In der Tat wird im Artikel I-41 für die Mitgliedsstaaten eine schrittweise Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten und die Bildung eines Europäischen Amtes für Rüstung und Forschung bestimmt, und durch Artikel III-310 werden Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewäl-

tigung ermöglicht.

Begründetes Nein zum Nein?

Das Ja von Yvonne Kaufmann zur EU-Verfassung, das streng genommen auch eine Verletzung der Beschlüsse der PDS bedeutet, hat nun zu einem beachtlichen Rauschen im Blätterwald geführt und die Diskussion um den Verfassungsvertrag angeheizt. Das hat vor allem deshalb Bedeutung, da jetzt in den Mitgliedsländern der EU von Seiten der linken Kräfte der Kampf gegen die Ratifizierung bzw. für ein Nein in den Referenden geführt wird.

Yvonne Kaufmann betont in der oben genannten Stellungnahme, dass sie nicht die Augen verschließen vor den Mängeln des Entwurfes und unterstreicht, dass sie bereit sei, gegen den Ausbau der EU zur Militärmacht zu kämpfen, vor allem auf nationaler Ebene, da dort die Entscheidungen über mögliche Beteiligungen an Kriegseinsätzen fallen. Sie macht aber gleichzeitig darauf aufmerksam, dass die vorliegende EU-Verfassung trotz dieser

Artikel insgesamt als zivilisatorischer und sozialer Fortschritt zu werten sei, insbesondere wegen der Festlegungen zur „Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte“. Wer die EU-Verfassung ablehnt, spräche sich letztlich auch gegen die Europäische Union aus. Sie glaubt, dass eine Ablehnung den EU-Gegnern, Nationalisten und Rechtsextremen, die den Verfassungsvertrag ebenfalls ablehnen, in die Hände spielen und das weltweite Hegemoniestreben der Bush-Administration begünstigen würde.

In ihrer Erklärung bringt sie auch ein beliebtes Abgeordneten-Argument ins Spiel, nämlich – dass sie es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren könne, diese Verfassung abzulehnen.

Yvonne Kaufmann, die sich mehr oder weniger schon immer gegen ein Nein zur Verfassung ausgesprochen hatte, kritisiert auch die Haltung ihrer Partei. Sie wirft der PDS vor, unüberlegt und ohne die Mitglieder gründlich über den Verfassungstext informiert zu haben, per Parteitagbeschluss die Europäische Verfassung abgelehnt zu haben, ohne selbst substantielle Vorschläge zu machen.

„Wenn du es eilig hast, dann mach' einen Umweg“

Yvonne Kaufmann steht seit 1990 in vorderster Front des politischen Kampfes der PDS und hat sich zweifelsfrei Verdienste um die Partei erworben. Das gilt auch für ihre Mitarbeit am EU-Verfassungsentwurf im Verfassungskonvent des Europäischen Parlaments. Dort bemühte sie sich, als Vertreterin der GUE/NGL linke Positionen durchzusetzen und in entsprechenden Formulierungen sichtbar zu machen.

„Die Menschen“, betonte sie im persönlichen Gespräch, „sind in ihrer Mehrheit für dieses vereinte Europa und wir müssen uns immer wieder die Frage stellen, was getan werden muß, damit wir die 95 Prozent, welche die PDS nicht wählen, erreichen.“ Sie weiß, dass viele in der PDS ihre Entscheidung nicht teilen, meint aber, dass Geduld und Kompromissbereitschaft im Kampf der Linken stärker dominieren sollten. Ihr Leitspruch (Yvonne Kaufmann ist Japanologin) ist eine alte japanische Spruchweisheit: „Wenn du es eilig hast, mach' einen Umweg.“

Für den 4. März 2005 ist im linxxnet eine Podiumsdiskussion mit Yvonne Kaufmann und dem erklärten Gegner der EU-Verfassung, Wolfgang Gehrcke, geplant. Falls er zusagt, darf man gespannt sein.



Die 58-jährige Heidemarie Lüth, PDS, wurde vom Chemnitzer Stadtrat überraschend als Bürgermeisterin für Soziales und Kultur gewählt. Ihre Vorgängerin, Barbara Ludwig (SPD), trat das Amt der sächsischen Ministerin für Wissenschaft und Kultur an. Die PDS stellt im Chemnitzer Stadtrat die stärkste Fraktion.



Auf eine LN-Frage, Heidemarie Lüth:

Angst vor der eigenen Courage?

Angst vor der eigenen Courage habe ich nicht, aber Respekt vor der Aufgabe. Zu meinem Arbeitsbereich gehört im Grunde die gesamte Bevölkerung von Chemnitz. Was die Kultur betrifft, da bietet die Stadt Herausragendes in der Hochkultur, aber auch interessante und stark besuchte Projekte in der Soziokultur. Die Museenlandschaft hat in Sachsen einen hervorragenden Platz. Dafür einzutreten, was mit welchen Ideen nicht nur zu erhalten, sondern weitergeführt werden kann, muss zur Aufgabe der Stadt gemacht werden. Für mich besteht die wichtigste Aufgabe darin, Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungen einzubeziehen, was sie für sich und für die kommenden Generationen haben wol-

len. Das alles auch mit einer wirtschaftlichen Brille zu betrachten, ist eine Herausforderung, der ich mich stellen muss. Zu schaffen ist das nur in Zusammenarbeit mit den Ämtern, den Betroffenen und den Bürgerinitiativen. Ich weiß als Kreis- und Stadträtin – und auch als ehemalige Vorsitzende des Petitionsausschusses des Bundestages – um die prekäre Situation der Finanzen in den Kommunen. Sie wird in den kommenden Jahren nicht besser. Auch der Ruf nach einer Reform der Kommunalfinanzierung macht in diesem Jahr die Haushaltskassen nicht voller. Deshalb will ich eine zielgerichtete Diskussion entzünden, wie mit den vorhandenen Mitteln gearbeitet werden kann.

Erschwerend dabei ist natürlich, dass auch in Chemnitz die Einwohnerzahl immer mehr schrumpft.

Wer von mir nun eine 1:1-Durchsetzung der PDS-Programmatik erwartet, den muss ich sicherlich enttäuschen. Das heißt aber trotzdem nicht, dass Veränderungen unmöglich sind. Eine Stadt darf nicht allein Dienstleister sein und sie darf nicht über Köpfe hinweg entscheiden und so Frustrationen erzeugen. Ich bin überzeugt, wenn wir mit den Bürgern, mit den Vereinen und Verbänden offen sprechen und Prioritäten setzen, was möglich ist, gibt es auch zufriedenstellende Lösungen.

Jetzt aber muss ich erst einmal packen, wie so viele heute. Der Umzug von Zwenkau nach Chemnitz steht an.

Anfang Februar 1945 hatte die Rote Armee bei Küstrin wie auch bei Breslau, 230 Kilometer östlich von Dresden, die Oder überschritten. Am 11. Januar hatten die drei Großmächte in Jalta angesichts ihres nahen Sieges über die Nazi-Wehrmacht ihre künftigen Besatzungszonen abgesteckt.

Die Bombardierung Dresdens sollte schon während dieser Tagung stattfinden. Nur wegen ungünstigen Wetters wurde der Angriff verschoben. Zwei Tage nach Abschluss der Konferenz begannen die britische Royal Air Force und die Luftstreitkräfte der USA ihr vernichtendes Werk gegen die in der künftigen sowjetischen Zone gelegene Metropole. Er erfolgte – entgegen einer Vereinbarung der Alliierten – ohne Zustimmung der Sowjetunion. Er war eine Machtdemonstration ihr gegenüber und damit ein

Vorgriff auf den Kalten Krieg



Das Inferno zwei Tage nach Jalta

Dresdner Chronik

13. Februar: Die Stadt ist bis zu diesem Tage von Kriegseinwirkungen weitgehend verschont geblieben. Sie beherbergt neben 630 000 Einwohnern und an die 500 000 Evakuierte und Flüchtlinge vor allem aus Schlesien.

- Am Abend steigen 244 Lancaster-Maschinen und neun Mosquito-Kampfflugzeuge der Royal Air Force in Südengland auf.

- 21.39 Uhr: In Dresden wird Fliegeralarm ausgelöst, 21.45 Uhr meldet der Rundfunk den Anflug starker Verbände.

- 22.00 Uhr: Mosquitos setzen im Tiefflug Leuchtsäulen für das Zielgebiet.

- 22.13 Uhr: Das Bombardement der ungeschützten Stadt beginnt. Es dauert 24 Minuten. Die gesamte Innenstadt brennt.

14. Februar

- 1.23 bis 1.54 Uhr: In einer zweiten Angriffswelle werfen 529 US-Bomber ihre Fracht ab. Dresden brennt auf einer Fläche von 15 Quadratkilometern.

- Insgesamt fallen bei beiden Angriffen 650 000 Stabbrandbomben, 529 Luftminen und 1800 Sprengbomben.

- 12.17 Uhr: 311 Bomber der US-Luftwaffe fliegen einen zehnminütigen Angriff auf die zerstörte Stadt. Sie werfen 1800 Spreng- und 136 800 Stabbrandbomben ab. Ziele sind vor allem Verkehrseinrichtungen.

15. Februar

- Zwischen 11.51 Uhr und 12.01 Uhr: Erneuter Angriff der US-Luftflotte. Es werden 3700 Sprengbomben abgeworfen. Im Visier sind auch die Ausfallstraßen mit vielen Flüchtlingen. Dresden brennt vier Tage lang.

Die Bilanz

- 35000 Tote sind zu beklagen, meist Frauen, Kinder und alte Menschen.

- 75 000 Wohnungen werden zerstört.

- Opfer der Bomben werden zahlreiche Krankenhäuser, Schulen und fast alle bedeutenden Kulturdenkmäler. Völlig zerstört werden Semperoper, Schloss, Frauenkirche, Sophienkirche, viele barocke Bürgerhäuser; teilweise zerstört und schwer beschädigt werden Zwinger, Johanneum (Verkehrsmuseum), Hofkirche, Kreuzkirche, Albertinum, Rathaus und viele weitere öffentliche Bauten.

Mit der Zerstörung im Februar 1945 hatte Dresden, das seit 1813 keine Kriegsschäden erlitten hatte, den tiefsten Punkt seiner Geschichte erreicht. „*Wer das Weinen verlernt hat, der lernte es wieder beim Untergang Dresdens*“, sagte der greise Dichter Gerhart Hauptmann, als er von der Loschwitzhöhe den Angriff miterlebte.

Der Bilanz der Angriffe auf Dresdens vom Februar 1945 (denen noch weitere am 2. März und am 17. April folgten) sind zwei Tatsachen anzufügen.

Erstens: In Dresden gab es keine kriegswichtige Industrie. Die wenigen militärischen Objekte, wie die Kasernen im Norden der Stadt, wurden nicht angegriffen. Die Elbbrücken blieben bezeichnenderweise fast unversehrt (wie auch das Prominentenviertel Weißer Hirsch!).

Zweitens: Die Zerstörung Dresdens wurde im Mai 1945 von niemand anders als den Nazis selbst vollendet. Nur durch den raschen Vormarsch der Roten Armee wurde die Stadt vor verhängnisvoller Verteidigung bewahrt. Doch bei ihrem Rückzug sprengte die deutsche Wehrmacht mehrere Elbbrücken. Die Sprengung des „Blauen Wunders“ wurde durch den mutigen Einsatz zweier Arbeitern vereitelt. Letztes Dresdner Naziopfer wurde der Arzt Prof. Rainer Fetscher, der von einer

SS-Patrouille erschossen wurde, als er am 8. Mai 1945 mit einer weißen Fahne sowjetischen Soldaten entgegen ging.

Oft genug ist seit dem Februar 1945 von der sinnlosen Zerstörung Dresdens die Rede. Die Aussage ist nur insofern richtig, als die Zerstörung der Stadt keinerlei militärische Bedeutung hatte, keinen Einfluss auf das Ende des Krieges. Sie hatte aber sehr wohl ihren Sinn in der Strategie der Westalliierten. Sie war eine Machtdemonstration gegenüber dem Noch-Verbündeten UdSSR. Und: Nachdem Berlin und Leipzig als größte Städte der künftigen sowjetischen Besatzungszone bereits schwere Bombenschäden erlitten hatten, kam die drittgrößte Stadt im Osten an der Reihe – das barocke, an historischen Bauten und Kunstschätzen reiche Dresden, das bislang verschont geblieben war. Eine Kriegswunde, geschlagen, um der künftigen Besatzungsmacht und den Ostdeutschen zusätzliche Lasten aufzubürden und das Land zu schwächen.

Nicht hoch genug zu würdigen ist der Wiederaufbau der Stadt ab 1945 unter der Leitung der Antifaschisten. Schon zwei Tage nach dem Einmarsch der Roten Armee begann eine deutsche Stadtverwaltung mit Dr. Rudolf Friedrichs und Dr. Kurt Fischer an der Spitze mit der Inangansetzung des städtischen Le-

bens. Auf einer Fläche von 15 Quadratkilometern waren 18 Millionen Kubikmeter Schutt zu räumen. Bis zu 100 000 Freiwillige halfen an den Wochenenden, die Trümmer zu beseitigen. Nachdem schon Anfang 1946 der Wohnungsbau begonnen hatte, wurden Kulturstätten und andere öffentliche Bauten Schritt für Schritt neu errichtet oder restauriert: Johanneum, Hofkirche, Kreuzkirche, Gewandhaus, Landhaus, Albertinum, Rathaus, der historische Kern der Neustadt. 1969 ist der Zwinger vollständig wiederhergestellt, 1985 die Semper-Oper neu erbaut. Die Instandsetzung des Residenzschlosses wurde begonnen.

So wie die Nazi-Führung 1945 die Zerstörung Dresdens nutzte, um an den Durchhaltewillen der Deutschen zu appellieren und den Terror gegen Durchhaltewillige zu verschärfen, missbrauchen die Neonazis heute das damalige Geschehen, um nazistisches Denken zu schüren. Die von der NPD vor wenigen Wochen im Sächsischen Landtag gewollte Begrenzung des Gedenkens an die Ereignisse des Kriegsendes auf die Zerstörung Dresdens – bei Verschweigen der Nazi-Verbrechen – gipfelte in ihrer Weigerung, mit einer Gedenkminute die Opfer der Hitlerfaschisten zu ehren. Zu bekräftigen ist die Entgegnung demokratischer Abgeordneter, dass der 13./14. Februar 1945 letztlich eine Folge des 1. September 1939 ist.

Noch eins den verlogenen NPD-Leuten ins Stammbuch: Gauleiter Mutschmann konnte rechtzeitig vor dem Angriff Kunstschätze und wertvolle Möbel bombensicher auslagern. Bemerkenswert ist auch, dass die täglichen Volkssturmübungen am 13. Februar zwei Stunden früher als sonst beendet wurden. Mutschmann war 24 Stunden vor dem Angriff von dem amerikanischen Industriellen Noble, seit 1938 Besitzer der ehemals jüdischen Dresdner Kamerawerke, über den Angriff unterrichtet worden. In einem Telefonat mit Goebbels in der Nacht des Angriffs beklagt er, dass er nicht, wie vereinbart, schon drei Tage vorher informiert wurde. Goebbels mahnt, die Verbindung zu Noble nicht abreißen zu lassen ... • GÜNTER LIPPOLD



Links: Die Ruine der Semper-Oper • Rechts: Der zerstörte Zwinger (Wallpavillon) • Oben: Die restlos vernichtete Innenstadt Dresdens.

Von **SARKIS LATCHINIAN**

Die Wahlen im Irak

Schwierige Aufgabe von Mehrheit besonnen angepackt / Über 100 Parteien, Organisationen und Privatpersonen stellten sich zur Wahl

Rund 14 Millionen Iraker waren am 30. Januar 2005 dazu aufgerufen, unter Bedingungen der Besetzung, des Ausnahmezustands und der Gewalt ihre politische Wahl über die Zukunft Iraks zu treffen. Zu entscheiden war über 275 Sitze im Übergangsparlament, über die Abgeordneten in den 18 Provinzräten (je 45 Mandate, für Bagdad 55) und das Kurdenparlament. Die Sitzverteilung soll nach dem Verhältniswahlrecht erfolgen. Von den außerhalb des Irak lebenden eine Million Irakern hatten sich etwa 280 000 weltweit zur Wahl registrieren lassen. Im Bundesgebiet waren 26 416 Iraker – geschätzte 46 Prozent der in der BRD lebenden wahlberechtigten Iraker – registriert. Mehr als 6000 Kandidaten von mehr als 100 Parteien und Organisationen sowie Privatpersonen stellten sich zur Wahl, ein Drittel von ihnen Frauen, wie es das Wahlgesetz vorschreibt.

Fast alle der an der Wahl teilnehmenden Parteien versprochen, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung, Sorge zu tragen für den Abzug der ausländischen Truppen, für die Schaffung von Ordnung und Sicherheit, von Arbeitsplätzen, von Wohnraum sowie für eine zuverlässige Versorgung mit Strom, Benzin und Wasser. Die Standpunkte der Parteien gingen stark auseinander in der Frage, wie säkular Irak in der Zukunft sein sollte. Die Liste der „Vereinigten Irakischen Allianz“ (UIA) wurde von dem schiitischen Geistlichen Abdulaziz al Hakim angeführt, dem Vorsitzenden des Hohen Rates für eine Islamische Revolution im Irak (SCIRI). Mit ihm kandidierten die Islamische Dawa-Partei, der Irakische Nationalkongress und eine politisch militärische Organisation namens Badr-Armee. Diese wichtigste schiitische Liste, wegen der großen Nähe mancher Kandidaten zu Teheran von Skeptikern auch „Islamische Liste“ genannt, genoss die indirekte Unterstützung des schiitischen Großajatollahs Ali al Sistani, der sich seit der Besetzung des Iraks mit den Besatzern über die Zukunft des Landes verständigt hat. Für den Irak soll kein religiöses Staatsmodell wie im Iran angestrebt werden. Dafür haben die Amerikaner Sistani die schnelle Durchführung der Wahlen versprochen. Die UIA hat ihre Anhängerschaft im südlichen Irak (unter britischer Besetzung) und unter den Millionen Schiiten, die in Bagdads Armenvierteln sowie im Ausland leben.

An der Spitze der zweitwichtigsten Wahlliste „Irakia“, einer säkular orientierten Wahlkoalition, stand der Mann der Besatzungsmacht, der Übergangspräsident Ijad Allawi. Er warb mit der Parole „Eine starke Autorität für ein sicheres Land“. Vom „Saddam ohne Bart“, wie Allawi genannt wird, versprachen sich nicht nur die Besatzer die Eindämmung von Gewalt und Kriminalität. „Irakias“ Wahlmänner beschuldigten die UIA, dass sie die Religion für ihren Wahlkampf missbrauche, indem sie Großajatollah al Sistani vor ihren Karren spanne. Umgekehrt warfen die führenden Kandidaten der UIA den Kandidaten der Liste „Irakia“ den Missbrauch von Regierungsstellen und -geldern zu Gunsten des Wahlkampfes für Allawi vor.

Mit der Liste „Einheit des Volkes“ trat die 1934 gegründete älteste Partei des Landes an, die Irakische Kommunistische Partei. Sie forderte die vollständige

Souveränität des Irak sowie ein Ende der Besetzung. Die Einheit des Landes müsse über alle ethnischen und religiösen Unterschiede hinweg gewährleistet werden. Die Anhängerschaft der IKP ist über das ganze Land verteilt, besonders stark ist sie unter den Auslandsirakern.

Nach zähen Verhandlungen haben sich Barazanis „Kurdische Demokratische Partei“ (KDP) und Talabanis „Patriotische Union Kurdistans“ (PUK) auf die Vereinigung ihrer seit Jahren getrennten Administrationen geeinigt. Zusammen mit der dritten Kraft im Kurdenland, der gemäßigten „Islamisten-Vereinigung Kurdistans“, und einer Reihe kleinerer Parteien haben KDP und PUK ein Wahlbündnis geschmiedet. Dass ihre Liste eine überwältigende Mehrheit der 111 Sitze im kurdischen Regionalparlament erlangen wird, bezweifelt kaum jemand. Insofern dient die Wahl in erster Linie der Bestätigung des bisherigen Status quo in Kurdistan. Knapp zwei Jahre nach dem Krieg scheint es angesichts der Gewalt im Zweistromland so aussichtslos wie verfehlt, die Kurden an die kurze Leine Bagdads zu legen. Ein loser Staatenbund, der die äußeren Grenzen des

Iraks zwar nicht antastet, den Kurden aber weitgehende Eigenstaatlichkeit gewährt, scheint von Kurdistan aus der einzig machbare Weg.

Die Sunniten, die etwa 20 Prozent der irakischen Bevölkerung neben 60 Prozent Schiiten und rund 15 Prozent Kurden ausmachen, boykottierten die Wahlen als Besatzerfarce. So riefen einflussreiche sunnitische Kleriker zum Boykott des Urnengangs unter amerikanischer Besetzung auf. Die wichtigste sunnitische Partei, die „Irakische Islamische Partei“ (IIP), zog daraufhin ihre angekündigte Kandidatur zurück.

Die Boykottabsicht der Sunniten rief den Unmut der Mehrheit der Iraker hervor, die nicht gewillt waren, Teile der irakischen Gesellschaft aus der nationalen Stimmabgabe auszuschließen. Viele waren der Meinung, eine Verschiebung der Wahlen hätte geholfen, diese demokratischer zu gestalten. Drei, vier oder sechs Monate mehr Zeit hätten den Machthabern die Möglichkeit geboten, die Diskussion in der Bevölkerung zu fördern; man hätte Parteien und Kräfte, die die Wahlen boykottieren wollten, vielleicht doch noch zur Teilnahme ermuntern können.

Die Sicherheitslage war während der Wahlvorbereitung so katastrophal, dass

sich die Kandidaten kaum den Wählern vorstellen konnten. Die Wähler wussten also nicht genau, wen sie eigentlich wählen, sie fürchteten, Opfer eines Anschlags zu werden. Viele Wähler wussten gar nichts über die Nationalversammlung, die sie wählen sollten, und deren Aufgaben.

Trotz aller Widrigkeiten, massiver Gewalttaten, ausländischer Besatzungspräsenz und drakonischer Sicherheitsmaßnahmen wurden die ersten pluralistischen Wahlen im Irak seit 50 Jahren am 30. Januar 2005 abgehalten und damit die Grundlage für den Aufbau



einigermaßen legitimer Institutionen geschaffen. In den schiitischen und kurdischen Provinzen wurde recht eifrig gewählt, während das sunnitische Dreieck mit den Städten Falludsha, Ramadi, Bakuba und Samarra zwischen kühlem Stimmverhalten und Enthaltung schwankte. Die Wahlkommission schätzte die Beteiligung insgesamt auf gut 55 Prozent der Wahlberechtigten.

Wegen des dürftigen Wahlkampfes stand weniger die Wahl eines spezifischen Programms oder Führers im Vordergrund als eher die Zustimmung zu einer demokratisch aufgebauten Zukunft des Iraks. Die wichtigen Aufgaben des gewählten Parlaments sind die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und der Beschluss über die Frage, wann man die amerikanischen Besatzer zum Abzug auffordert.

Auch wenn offizielle Endergebnisse noch mehrere Tage auf sich warten lassen, sind anhand der ersten Resultate einige Feststellungen möglich:

1. Trotz weiterer militärischer Präsenz kann die gewählte Übergangversammlung und die daraus zu bildende Regierung nicht mehr als illegitim bezeichnet werden. Der Appell von Großajatollah Sistani, der die Stimmabgabe zur „religiösen Pflicht“ erklärt hatte, wurde von

der Mehrzahl der Schiiten befolgt. Wenn dies jedoch von den Protagonisten des Bagdader Regimes und der Besatzer sogleich in einen „großartigen Sieg der Demokratie“ umgemünzt wurde, so ist und bleibt das eine Lüge. Sie sollten lieber die Kirche im Dorf und den Islam in Ruhe lassen. Einer religiösen Pflichtübung dürfte im Nachhinein kein säkular-demokratisches Kleid aufgezwungen werden.

2. Gewalt und Chaos sind mit dem Urnengang so wenig zu den Akten gelegt worden wie die Besatzung. Die Ressourcen des Landes – vor allem seine riesigen Erdölreichtümer – sind weiterhin Gefangene der Besatzer. Die wirtschaftlichen Perspektiven bleiben schlecht. Die Lage im Irak ist viel schlechter, als so mancher nach der Wahl zu suggerieren versucht.

3. Die sunnitischen Araber, denen zu Saddam Husseins Zeit die Macht im Staate gehörte, werden im Parlament kaum vertreten sein.

4. Das kommende Kabinett dürfte dem bisherigen ähnlich sein. Die schiitische Vereinigte Irakische Allianz unter Führung von SCIRI und die Dawa-Partei haben einen großen Sieg davongetragen. Sie errangen aber keine beherrschende Mehrheit. Deshalb scheint eine neue Koalition der Schiiten mit den Kurden (und einzelnen sunnitischen Vertretern) wahrscheinlich.

5. Eine offene, für die Sicherheit des Landes, für seine Einheit und Geschlossenheit wesentliche Frage ist, ob die neue Koalitionsregierung die nach der Wahl abseits gebliebenen Gebiete des sunnitischen Dreiecks in das politische Leben des Landes einzubeziehen vermag.

6. Die über die Wahl hocherfreute amerikanische Administration geht davon aus, dass die künftige irakische Führung die Amerikaner nicht zum Abzug, sondern zum Bleiben drängen wird. Ein politisches Nachlassen des sunnitischen Widerstandes und der Terrorangriffe als Resultat der Wahl vom 30. Januar wagt in Washington niemand zu prophezeien.

7. Genauso wie die Sunniten den Wahlboykott, dürften die Guerillakämpfer bei den kommenden Entscheidungen im Irak ihren Willen mittels der Waffen durchzusetzen versuchen. Falls dies zur Grundlage einer politischen Teilung des Iraks würde, wäre der Erfolg des Wahlunternehmens zugleich eine nationale Niederlage. Zumal der Wahlerfolg eines kurdischen Wahlbündnisses bei der Regionalwahl mit 70 Prozent im nordirakischen Kirkuk nichts Gutes ahnen lässt im Dreiecksverhältnis zwischen dem Irak, der Türkei und den Besatzern. Ankara sieht mit Besorgnis den Versuch der Kurden, die Kontrolle über diese Stadt zu erlangen und sie zur Hauptstadt eines künftigen unabhängigen Kurdistans zu machen. Würden türkische Rechte nicht berücksichtigt, werde das Feuer in der Region wieder angefacht, warnte der türkische Ministerpräsident Erdogan in diesem Zusammenhang.

In den nächsten Tagen werden die Wahlergebnisse verkündet. Wenn auch die Zahlen zur Beteiligung und zu den Ergebnissen mit Vorsicht aufzunehmen sind, so hat doch eine Mehrheit der Iraker ihrem Anspruch Ausdruck verliehen, die Geschicke ihres Landes selbst zu bestimmen. Diese ihre Botschaft richtet sich sowohl an die amerikanischen Besatzer als auch an den bewaffneten Widerstand, die beide dem Irak ihre eigene Vorstellung von der Zukunft des Landes mit Gewalt aufzwingen wollen. Sie enthält auch die Aufforderung an die Politiker Iraks, die Interessen des Irak vor jene ihrer Partei, ihres Stammes oder ihres Geschäfts zu stellen.

Beethovens „Fidelio“ in Leipzigs Oper

Großartiges Dirigat Herbert Blomstedts – verfehlte Regie Stein Winges

Es geht schon seltsam zu auf den Opernbühnen. Im Orchestergraben setzen Dirigenten ihre ganze Kraft ein, um in der musikalischen Gestaltung den Absichten und Forderungen der Komponisten so nahe wie nur irgend möglich zu kommen. Doch auf der Bühne bieten Regisseure neue Lesarten, die den Absichten der Komponisten und der ihnen dienenden Dirigenten beträchtlich entgegen stehen. So nun in Leipzig auch in Ludwig van Beethovens Freiheitshymnus „Fidelio“.

Herbert Blomstedt, nach sechseinhalbjährigem Wirken als Gewandhauskapellmeister erstmals am Opernpult seines Gewandhausorchesters, gestaltet den Instrumentalpart nach der neuen, auf den Quellen fußenden Partitur klanglich geschmeidig und doch auch energisch, klar artikuliert und dynamisch feinsinnig abgestuft, formt den verschiedenartigen Charakter der einzelnen Abschnitte zwingend aus. Aber der norwegische Regisseur Stein Winge schert sich nicht

darum und führt auf der Bühne eine Betriebsamkeit vor, die wenig mit der Musik zu tun hat. Da lenken vom Eingangsduett Marzelline-Jaquino und der Arie Marzellines gelangweilt herumlummelnde, Kaffee trinkende Wachleute und Putzfrauen vom tatsächlichen Geschehen ab. Zwischendurch wird mal ein Gefangener mit blutrot gemaltem Rücken über die Bühne geschleift. Marzelline drängt sich der sich der als Fidelio verkleideten Leonore schmierig auf und die geht auch darauf ein, obwohl sie im Quartett distanziert bemerkt: „sie liebt mich, es ist klar, o namenlose Pein“. Auch dieses ergreifende Quartett „Mir ist so wunderbar“ stören szenische Mätzchen. Dagegen weiß der Regisseur wenig mit Pizarro und den Gefangenen während ihrer Chorszene anzufangen. Nach der fragwürdig angelegten Kerkerzene lässt der Regisseur die befreiten Gefangenen und deren Angehörige zu Beethovens wahrhaftig nicht so gedachter Musik tanzen. Da

hatten nach lebhaftem Beifall für die Akteure und besonders für Herbert Blomstedt beim Erscheinen des Regie-Teams die lautstarken Buh-Rufer die absolute Mehrheit.

Aus dem Solistenensemble ragt Gabriele Fontana als Leonore heraus. Ihre große Arie „Abscheulicher, wo eilst du hin“ und ihr Auftreten gegen Pizarro ist mit äußerster Spannung und doch gesanglich kultiviert gestaltet. Überzeugend singen auch Ainhoa Garmendia als Marzelline und James Moellenhoff als Rocco, obwohl dessen musikalischer Ausdruck noch differenzierter denkbar ist. Eike Wilm Schulte lässt die Dämonie des Pizarro vermissen. Thomas Piffka hat mit der Partie des Florestan ziemliche Mühe. Sune Hjerrild bleibt als Jaquino stimmlich blass. Schade angesichts der großartigen Leistung Herbert Blomstedts und des Orchesters. Wie viele verfehlte Inszenierungen will und kann sich die Oper Leipzig noch leisten? • WERNER WOLF

5. Biennale der satirischen Zeichnung Leipzig KARICARTOON

Es ist wieder Karikaturenzeit im Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig – erstmals im Neubau Böttchergäßchen 3. Über 30 satirische Zeichner aus Deutschland, Österreich und der Schweiz stellen ihre neuesten Arbeiten vor. Als Gastland ist Frankreich vertreten. Bereits zum dritten Mal gibt es eine Abteilung mit Arbeiten von Leipziger Künstlern. Schließlich stand hier die Wiege der KARI-CARTOON.

Magere Zeiten



Karikatur: Michael Sowa

Von MICHAEL ZOCK

Wer ein wenig Lebenserfahrung besitzt, weiß, dass die Bitte „das muss aber unter uns bleiben“ eine derjenigen ist, an die sich kaum jemand hält. Wer ein wenig Fernseherfahrung besitzt, weiß, dass in der MDR-Sendung „Unter uns – Geschichten aus dem Leben“ nach einem alten RTL-Schreiner-Rezept geplaudert wird. Als sich noch vor Jahren die clevere Dame immer ihr kurzes Röckchen zurechtzog und meinte: „Es ist ganz furchtbar was sie erlebt haben, aber sicher wollen sie es uns erzählen.“ Lang ist es her und noch immer für einen Aufguss gut.

Vom Schweinestall auf die Bühne. Kind durch Bauchtritt verloren. Tochter durch Iraker erschossen. Glückliche Liebe nach Krebsstod. Eigene Frau mit Kü-

chenmesser bedroht. Mein Nachbar starb im Krankenbett. Sexualprotz. Lähmung. Hirntumor ... All das und noch viel mehr verhandelt (man bietet auch mal Anwälte ums Wort) und verhandelt (durch Ulrike N. und Axel B.) allein am letzten Januarabend zwischen 22.00 und 24.00 Uhr beim Mitteldeutschen Fernsehen. In dieser vierzehntägigen Runde irritiert zunehmend nicht nur der krude Themenmix sondern bereits der launige Vorspann. Mit

strahlend weißen Zähnen und gespielmtem Lächeln schlendern die beiden Moderatoren per Freitagabendbildschirm in die Wohn- oder Schlafzimmern, um vor aller Augen und Ohren nach dem zu fragen, was meistens tragisch, oftmals peinlich, oder im wahrsten Sinne des Wortes zum Heulen ist.

Das Lächeln gefror selbst dem gestandenen Showman Axel Bulthaupt in der letzten Sendung vollends, als er dem inzwi-

Musikalische Höhepunkte der letzten Januar- und der ersten Februarwoche schufen zwei durchaus verschiedenartige Konzerte. In der 5. Rundfunk-Matinee forderte allein das Werk, die selten zu hörende dramatische Sinfonie *Romeo und Julia* von Hector Berlioz, volle Aufnahmebereitschaft. Im Unterschied dazu galt im 3. Gewandhauskonzert der Serie IV mit Felix Mendelssohn Bartholdys Italienischer Sinfonie und Anton Bruckners *Siebenter* die Aufmerksamkeit mehr der herausragenden Interpretation des Brucknerschen Werkes.

Die vor 120 Jahren vom Gewandhausorchester unter Arthur Nikischs Leitung in einem Opernhauskonzert uraufgeführte Sinfonie Bruckners ist dem Orchester vertraut. Dennoch erreicht nicht jede Aufführung die gedankliche Geschlossenheit und klangliche Großartigkeit wie diesmal.

Das Orchester folgte weitestgehend den Absichten Herbert Blomstedts. So warmherzig und wohlklingend sind die Streicher des Gewandhausorchesters nicht in jedem Konzert zu hören, ein so kultivierter und fast durchweg makelloser Klang der Bläser ist auch bei einem solchen Spitzenorchester nicht jeden Abend zu erreichen. Dabei vollbrachten zumal die Hornisten und die Tubisten wahre Klangwunder.

Bei Berlioz' *Romeo-Sinfonie* fordert die außergewöhnliche Gestalt zwangsläufig die volle Aufmerksamkeit. Der Misserfolg der Oper *Benvenuto Cellini* trug dazu bei, die Vertonung der Shakespeareschen Tragödie unabhängig von den Unwägbarkeiten einer Opernbühne als Sinfonie mit Chören und Sologesängen zu gestalten. Musikalische Visionen erwiesen sich dabei als wesent-

lich. Da erhält auch die in Shakespeares Tragödie nicht vorkommende Traumfee Mab vor dem Trauerzug beträchtlichen Raum. Dem Chor und den Solisten wird eine mehr erklärende Funktion zugewiesen. Dagegen bedürfen die betrickend schönen Instrumentalklänge der nächtlichen Liebesszene als Mittelpunkt des Werkes keiner Worte. Seinen genialischen Ideen opferte Berlioz durchaus dramaturgische Logik. Doch er schuf grandiose Musik, und der für den erkrankten Gary Bertini kurzfristig gewonnene ungarische Dirigent Gabor Ötvös führte Orchester, Chor und Solisten souverän.

Im Gartenhaus des Mendelssohn-Hauses demonstrierten die für die musikalische Einstudierung verantwortliche Gudrun Franke und die Regie führende Claudia Forner mit Musikstudenten, wie einfach und vernünftig Oper sein und geboten werden kann. Felix

Mendelssohn Bartholdys für die Familie geschriebenes, leicht geschürztes Liederspiel *Die Heimkehr aus der Fremde* bereitete ungetrübte Freude.

Viel Beifall fanden auch die beiden Konzerte mit dem Anfang Februar 60 gewordenen Peter Rösel im Mendelssohn-Saal des Gewandhauses. Dessen monumentale Gestaltung von Busonis Einrichtung der *Toccata C-Dur BWV 564* ließ ahnen, wie Bach für Klavier hätte komponieren können, wenn es entsprechende Instrumente gegeben hätte. Gemeinsam mit dem überlegen musizierenden Gewandhaus-Quartett war Rösel als souveräner Pianist des tief bewegenden Quintetts von Dmitri Schostakowitsch und des musikantischen Forellen-Quintetts von Franz Schubert zu erleben.

• W. WOLF

FF Dabei

DER FILM - UND FERNSEH - LINK

Grauen(volles) vor Mit-ternacht

„Unter uns – Geschichten aus dem Leben“

schen landesweit verrufenen und eigentlich bedauernswerten jungen Blödmann Sachsen-Paule gegenüber. Rätselhaft nur, dass dieser, sich weiland durch inzwischen nicht mehr existierende Pro 7 Arabella-Shows tingelnde Sexualprotz, nunmehr seine Ergüsse in Erfurt beim MDR präsentieren durfte. Welcher Redakteur glaubt eigentlich, dass die Zuschauer so etwas „geil“ finden? Schon jetzt einer der peinlichsten Fernsehauftritte des Jahres 2005. Öffentlich, rechtlich versteht sich! Bei RTL OLLI und Sat 1 BRITT geht es sicher noch ganz anders zur Sache. Aber das Niveau ist offenbar redaktionsübergreifend hochinfektiös. Die ehemalige Schauspielerin Ulrike Nitzschke zeigt beim Befragen von Mord und Totschlag wenigstens dahingehend Gefühl, dass sie meist nach den abgelesenen Fragen dem Gegenüber nicht in die Augen sondern schnell wieder auf ihre Karteikarte sieht.

Auch die Kamera blickte beim letzten Gerede in viele ratlose und erschrockene Gesichter des Erfurter Publikums.

Mit Tabus, Totschlag und Tragik sorgt „Unter uns“ schon geraume Zeit für schwieriges Einschlafen nach der Sendung. Weil das Gesprochene der Redaktion noch nicht genügt, legt man per Bildschirmtext und gestellten Szenen noch nach, damit auch jeder den Messerstich wirklich nicht verschläft. Sicher: Man muß sich ja diese gedankenlose Brutalo-Seelen-Melange nicht antun. Jedoch mit 19,3 Prozent Einschaltquote allein am 28. Januar 2005 sind die Macher immer noch auf der scheinbar sicheren Seite allgemeiner Medienverwahrlosung.

Was plapperte Ulrike Nitzschke in der letzten Sendung, wenige Augenblicke nach einem minutiös beschriebenen Messerstich, ihren Zuschauern zum Abschied: Seien sie fröhlich und guter Dinge!

Ingrid und Gerhard Zwerenz: Sklavensprache und Revolte. Schwartzkopf Buchwerke, Hamburg & Berlin 2004. 544 S., 29 Euro

Ernst Bloch war die letzte Chance für die DDR.“ So ein Satz steht felsenfest und lässt sich nicht wegschieben in Ingrid und Gerhard Zwerenz' neuem Buch „Sklavensprache und Revolte“ über den Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West. So sehr man auch 1956 noch einige andere Chancen für die DDR erhoffte und sich dem Wahn einer Veränderung zum Besseren hingab, das Buch deckt scharfsinnig solche Fehleinschätzungen auf. Gerhard Zwerenz, Philosophiestudent bei Ernst Bloch in Leipzig, wie das auch seine Frau gewesen war, entzog sich 1956 durch seine Flucht in den Westen einer drohenden langen Haftstrafe. Jan-ka, Harich und Loest, die Gleichgesinnten, mussten ihrer Anschauung wegen ins Gefängnis und wurden kriminalisiert. Bloch, aus dem US-Exil in die DDR gekommen, wo er, 1955

Blick auf das 20. Jahrhundert

Nationalpreisträger geworden, einen Lehrstuhl erhielt, stieß mit seinen philosophischen Reformgedanken zur Veränderung des Sozialismus auf den harten Walter Ulbricht. Er bekam Hausverbot, was den Entzug des Lehrstuhles bedeutete, und blieb schließlich während eines Aufenthaltes in Westdeutschland in Tübingen. Dort wurde er allmählich zu einer Ikone gemacht, das heißt isoliert, denn er blieb auch in der Bundesrepublik seiner philosophischen Grundhaltung treu. Aus dem Vierteljahrhundert Bekanntheit zwischen den Ehepartnern Bloch und Zwerenz wurde bald eine Freundschaft. Jedoch immer mit Reserven, wie Zwerenz schreibt. Von Bloch angeregt, über das Phänomen der Sklavensprache zu schreiben, geht er dabei auch nicht an einer solchen von Bloch während dessen DDR-Zeit vorbei. Es war das Schicksal jener, die gehört und gedruckt werden wollten, dass sie erst zweimal Ja sagen mussten, bevor sie ihr

Nein äußerten. Revolte eben und nicht Revolution. Die Fülle der Details, der geschichtlichen Wahrheiten, macht das Buch zu einer atemberaubenden, manchmal romanhaft wirkenden Lektüre, die, je öfter man sie liest, sich einem immer mehr auftut. Zwerenz, Schriftsteller und Philosoph, Deserteur aus der Naziwehrmacht, politischer Flüchtling, ehemaliger Bundestagsabgeordneter, hat so viel von der Welt gesehen und erlebt, dass ihm keiner mehr ein X vor ein U machen kann. Wohltuend bescheiden von seiner Frau assistiert, zieht er eine oft sarkastische und attackierende Bilanz, die nicht zur Resignation, sondern zum Wachwerden auffordert. Trotz seiner frühen Vertreibung aus der DDR hackt er sie nicht kurz und klein, versteht die Probleme der Menschen in den neuen Bundesländern im Gegensatz zu manchen, die ihre Gesinnung wie einen alten Hut an den Nagel gehängt haben und marktkennnerisch nicht mehr

wissen wollen, wozu sie einst standen. Auch davon ist in diesem Buch zu lesen. Und wer sich erkennt, sollte sich die Jacke anziehen. Das Buch macht Freunde und Feinde.

Als Stefan Heym seine kluge Alterspräsidentenrede im Bundestag vor einer sich blind und taub stellenden und damit stockdummen Führungsriege gehalten hatte, gab er bald danach sein Mandat auf und verabschiedete sich in einer kleinen Runde guter Freunde von Bonn. Zwerenz saß auch dabei. Sie tranken sich ein wenig verloren zu. Einer sagte: „Jetzt sind wir wieder heimatlose Linke.“ „Sklavensprache und Revolte“ trägt diese Grundhaltung, nicht aber als depressive Stimmung, sondern als unerschütterliche Tatsache aus dem Dilemma zweier ehemaliger deutscher Staaten entstanden, von denen der eine die aufrechten Linken verstieß und der andere nie etwas von ihnen wissen wollte.

• WOLFGANG ECKERT

STADT- geschichtliches

aus dem Lehmsstedt Verlag

Die nachstehenden reich illustrierten Publikationen, die in ihrer Gestaltung von bester Buchkunst zeugen, dürften für jeden Leipziger, der sich mit seiner Stadt verbunden fühlt, ein Geschenk von bleibendem Wert und für Touristen ein bildendes Mitbringsel sein.

Doris Mundus: **Das Alte Rathaus in Leipzig.** 144 Seiten, 94 meist farbige Abb., 14,90 Euro
Das 1545 errichtete Rathaus, ein Meisterwerk der deutschen Renaissance, repräsentierte das Selbstbewusstsein einer der wichtigsten Handelsstädte Europas. Während des Luftangriffs vom 4. Dezember 1944 schwer beschädigt – das Obergeschoss war zerstört worden –, wurde es nach Kriegsende als erstes öffentliche Gebäude der Stadt wiederhergestellt. Der Band gibt, ausgehend von den Vorgängerbauten, einen ausgezeichneten Einblick in die Geschichte des Hauses. Dem dienen auch eine Chronik und aufschlussreiche Zahlenangaben.

Hannelore Stingel: **Der „Kaffeebaum“ in Leipzig.** 96 Seiten, 56 meist farbige Abb., 14,90 Euro

Es ist das älteste erhaltene Kaffeehaus Europas, in dem seit 1711 Kaffee ausgeschenkt wird. Sachkundig und unterhaltsam schildert die Autorin die wechselvolle Geschichte des Hauses, das seit 1999 als Haus „Zum arabischen Coffe Baum“ das einzige Kaffeemuseum Deutschlands beherbergt. Da fehlt auch nicht die „Kaffeeantate“ von Johann Sebastian Bach, bildet vom „Liebespaar am Frühstückstisch“, 1744 geschaffen von einem der berühmtesten Meißner Porzellangestalter, Johann Joachim Kändler. Die beigefügte Chronik des Hauses ermöglicht eine schnelle, nahezu lückenlose Orientierung.

Peter Kunz / Susann Morgner: **Die Moritzbastei in Leipzig.** 160 Seiten, 102 meist farbige Abb., 14,90 Euro

Es ist ein beeindruckender Band, der den Weg von der mittelalterlichen Stadtbefestigung zum größten Jugend- und Studentenklub Europas, wenn nicht gar der Welt, kenntnisreich schildert. Es ist bei weitem nicht die Größe allein, die beeindruckt, sondern vielmehr wohl in erster Linie, dass dieses Kulturzentrum im wahrsten Sinne des Wortes „auferstanden aus Ruinen“ das Ergebnis eines Jugendobjektes der Karl-Marx-Universität von 1974 bis 1982 war. Seither haben die MB Generationen von Studenten erlebt, aber auch zunehmend Touristen. Die Chronik und einige Zahlenangaben schließen den Band ab. • K. SCH.

Kriegsgefangenschaft. Ein unvollendetes Kapitel der Geschichte des Zweiten Weltkrieges im Urteil ehemaliger Kriegsgefangener in sowjetischem Gewahrsam. GNN Verlag Schkeuditz 2004. 265 Seiten, 16 Euro

Zwiefellos hatte der 8. Mai 1945 für die Kriegsgefangenen (nach Guido Knopps „Die Gefangenen“ sind es 11 Millionen deutsche Soldaten gewesen) eine besondere Bedeutung. Die meisten von ihnen fühlten sich nicht „befreit“ und hinter dem Stacheldraht der Kriegsgefangenenlager gab es kaum Jubel. Und dennoch war es Tatsache: Wer Kriegsgefangener war, war dem „Heldentod“ entgangen, den Millionen ihrer Kameraden im Dienste eines verbrecherischen Regimes erlitten hatten. Die Überlebenden hatten die Chance, ein neues Leben zu beginnen. Nach 1945 hatte das Schicksal von Kriegsgefange-

Kriegsgefangenenenschicksal



genen, vor allem der in sowjetische Gefangenschaft geratenen Soldaten, Konjunktur in den Publikationen und Filmen. Oft waren es Publizisten aus Goebbels' Propaganda-Kompanien, die bis fünf Minuten vor zwölf die Durchhaltepolitik von faschistischen Generalen unter-

stützt hatten, die jetzt Krokodilstränen vergossen, wenn sie über Schicksale von Kriegsgefangenen berichteten.

Christian Zapf war selbst von 1943 bis 1950 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Er berichtet über sein Schicksal, aber er ist nicht „Zeuge der Anklage“. Er hatte schon 1997 im gleichen Verlag „Eine Seite des noch offenen Buches“ aufgeschlagen. Das vorliegende Buch ist nicht schlechthin eine Fortsetzung, sondern eine gründliche Recherche und Dokumentation, die sich auf vorhandene Literatur stützt, sich aber zugleich mit ihr auseinandersetzt.

Zapf erhielt bei seiner Arbeit Unterstützung auch durch russische Historiker und Institutionen, darunter durch das Zentralmuseum der Streitkräfte in Moskau und durch das Memorialmuseum deutscher Antifaschi-

sten in Krasnogorsk. Seine Arbeit umfasst einen weitgespannten geschichtlichen Bogen – von der Verurteilung der Hitlerdiktatur als Instrument der Großindustrie und Banken im Kapitel 1, dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion im Kapitel 2 bis zur antifaschistischen politischen Bildungsarbeit im 3. Kapitel und Erinnerungen an die Zeit nach der Kriegsgefangenschaft im 4. Kapitel. Kapitel 5 ist zehn ergänzenden Problematiken gewidmet, die bis an die aktuelle Politik (z.B. die Aggression der USA gegen Irak) und das „verordnete“ Geschichtsbild der Sieger (die Hetze gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht) heranzuführen. Es ist ein Gewinn, Zapfs Argumentation zu folgen. Die Fußnoten, das Literaturverzeichnis und die abgedruckten Dokumente ermöglichen Interessierten weitere Studien. Danke, Christian Zapf!

• HORST SCHNEIDER

S. Bock, I. Muth, H. Schwiesau: DDR-Außenpolitik im Rückspiegel – Diplomaten im Gespräch. LIT-Verlag 2004. 352 S., 24,90 Euro

Auf der Spurensuche nach der „Wahrheit“ über die DDR-Außenpolitik ist der Band mit Kommentaren, Analysen und Gesprächsprotokollen im Kreise von Zeitzeugen entstanden. Ingrid Muth und Karl Seidel stellen einleitend (I. Kapitel) unmissverständlich fest: „Im politischen Sprachgebrauch der DDR war der Terminus ‚Interessen‘ im Zusammenhang mit der Außenpolitik kaum gebräuchlich.“ In politischen Dokumenten und

Hat die DDR „nationale“ Interessen vertreten?

wissenschaftlichen Arbeiten wurden Begriffe wie Hauptaufgabe, Hauptinhalt, Grundprinzipien, Schwerpunkte usw. verwendet. Der Begriff „Klasseninteressen“ wurde nicht als Interessen von Staaten oder politischen Kräften zu Grunde gelegt. Muth/Seidel sehen bei der Betrachtung der Geschichte der DDR vor allem sechs Grundinteressen: Sicherung der Existenz und der Stabilität der DDR, Festigung und Ausbau der Be-

ziehungen zur Sowjetunion auf allen Gebieten, gutnachbarschaftliche Beziehungen zu Polen und zur Tschechoslowakei und gute Beziehungen zu anderen Staaten des „sozialistischen Lagers“ und zum RGW, Verhinderung eines Krieges in Europa, die Festigung des Friedens und der Sicherheit, Beziehungen der friedlichen Koexistenz und schließlich Entwicklung und Pflege intensiver Außenhandelsbeziehungen.

Im II. Kapitel werden die Beziehungen zur UdSSR (G. König), die deutsch-deutschen Beziehungen (K. Seidel), die Rolle der USA in der Außenpolitik der DDR (C. Montag), die DDR und die VR China (J. Krüger) und die Beziehungen zu Jugoslawien (S. Bock) behandelt.

Das III. Kapitel hat die Afrikapolitik der DDR (H.-G. Schleicher), die DDR im arabischen Raum (W. Bator) sowie in Süd- und Südostasien (W. Bayerlacher, W. Lindner, H. Schwiesau) zum Inhalt. Die abschließend von B. Naumann verfasste Analyse widmet sich den Beziehungen der DDR zu Lateinamerika. • FRANZ-KARL HITZE

KALENDERBLATT

Vor 110 Jahren geboren

Erich W. Gniffke

Das Leben von Erich Walter Gniffke, einem der führenden Mitbegründer der SED, war reich an politischen Erfahrungen, aber nichtsdestoweniger an bitteren Enttäuschungen.

Am 14. Februar 1895 in Elbing (Westpreußen) als Sohn eines Werftarbeiters geboren, trat er nach Beendigung einer kaufmännischen Lehre der SPD bei. Wegen seiner antifaschistischen Haltung bereits 1932 in Braunschweig vor Gericht gestellt, wurde er im August 1938 als führendes Mitglied der sozialdemokratischen Widerstandsgruppe Heibako verhaftet und bis Juni 1939 eingekerkert.

Bekannt wurde Erich W. Gniffke vor allem als Mitunterzeichner des Aufrufs des Zentrallausschusses der SPD (15. Juni 1945) und als einer der Vorsitzenden dieses Ausschusses. Er nahm an allen der Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung dienenden zentralen Beratungen und Konferenzen teil, so auch am 40. Parteitag der SPD 1946 und am Vereinigungsparteitag von KPD und SPD 1946, und gehörte von Anfang an dem Parteivorstand und dem Zentralsekretariat der SED an. Mit welcher Leidenschaft Erich W. Gniffke für die Einheitspartei gekämpft und sich gegen ihre Gegner gewandt hat, dokumentiert eindrucksvoll seine Rede als „Abgesandter des letzten Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ auf dem 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946.

Erich W. Gniffke trat für einen demokratischen Sozialismus ein, weshalb er auch die unter der Federführung von Anton Ackermann ausgearbeiteten Vorstellungen von einem „besonderen deutschen Weg zu Sozialismus“ unterstützte. Während sich Ackermann unter dem Druck der Auseinandersetzungen davon los sagte, blieb Gniffke dabei. Als einer ihrer Verfechter wandte er sich gegen den Vorwurf, die Arbeiterklasse an der Errichtung ihrer politischen Macht zu hindern und sie erneut der Herrschaft der Bourgeoisie zu unterwerfen. Der Kern der Auseinandersetzung, um den es ging, war der forcierte Kurs auf die Entwicklung der SED zu einer „Partei neuen Typus“. Sie galt als Bedingung für den angestrebten Übergang von der revolutionärdemokratischen zur sozialistischen Revolution und damit zur Errichtung der „Diktatur des Proletariats“. Erich Gniffke, der Leugnung der Erfahrungen der KPdSU und der Allgemeingültigkeit des Leninismus und somit des „Sozialdemokratismus“ bezichtigte, wurde am 30. Oktober 1948 als „Partei Feind“ aus der SED ausgeschlossen. Er flüchtete in den Westen, wo er später der SPD beitrug. Am 4. September 1964 verstarb er in Bad Kissingen. • **KURT SCHNEIDER**

Im Februar 1945 – Schritt auf dem Weg nach Potsdam:

Dreimächte-Gipfel in Jalta

Vom 4. bis 11. Februar konferierten in Jalta auf der Krim die Staatschefs der UdSSR, J. W. Stalin, der USA, F. D. Roosevelt, und Großbritanniens, W. Churchill, (v.r.n.l.) über die Zuendeführung des Krieges und ihre Nachkriegspolitik.

VON KURT SCHNEIDER

Nach dem militärischen Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 kam es alsbald zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Großbritannien und der Sowjetunion zu zwischenstaatlichen Übereinkommen. Sie dienten der gegenseitigen militärischen Hilfe, so z. B. der Britisch-Sowjetische Hilfevertrag vom 12. Juli 1941, der am 26. Mai 1942 durch einen Bündnisvertrag ersetzt wurde, und das Amerikanisch-Sowjetische Abkommen über eine zweite europäische Front vom 29. Mai 1942.

Mit der Dreimächte-Gipfelkonferenz in Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943) wurde eine neue Qualität der Anti-Hitler-Koalition erreicht. Die Pläne zur militärischen Vernichtung der deutschen Streitkräfte wurden abgestimmt: „Wir erreichten völlige Übereinstimmung über Ausmaß und Ziel der Operation, die vom Osten, Westen und Süden angesetzt werden sollen. Das allseitige Einvernehmen, das wir hier erzielt haben, gewährleistet, dass der Sieg unser sein wird.“ Die Ergebnisse von Teheran

und der erreichte Stand ihrer Umsetzung waren die Grundlagen für den vom 4. bis 11. Februar 1945 in Jalta angesetzten Dreimächte-Gipfel. Er stand vor der Aufgabe, die gemeinsamen Aufgaben bis zum militärischen Sieg über den deutschen Faschismus festzulegen und sich über erste Maßnahmen zur Nachkriegsentwicklung in Deutschland zu einigen. Die wichtigsten Resultate bestanden in folgendem:

1. Engere Koordinierung der militärischen Maßnahmen zur „endgültigen Niederwerfung des gemeinsamen Feindes“ und damit zu einer „Verkürzung des Krieges“.
2. Gemeinsame Pläne und Maßnahmen zur Durchführung der Bestimmungen der „bedingungslosen Kapitulation“, die „dem nationalsozialistischen Deutschland auferlegt werden“. Im gegenseitigen Einvernehmen wurde festgelegt, dass die drei Mächte jeweils eine besondere Zone Deutschlands besetzen. Frankreich wurde aufgefordert, ebenfalls eine Besatzungszone zu übernehmen und als viertes Mitglied an der Arbeit der Kontrollkommission teilzunehmen. Definitiv hieß es: „Es ist nicht unsere Absicht, das

deutsche Volk zu vernichten, aber nur dann, wenn Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.“ Zur Wiedergutmachung des Schadens, den Deutschland durch den von ihm geführten Krieg den Völkern zugefügt hatte, wurde eine Schadenersatz-Kommission mit Sitz in Moskau eingesetzt.

3. Bekundung der festen Absicht, eine „allgemeine internationale Organisation zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit zu gründen“. Dem sollte die Einberufung einer „Konferenz der Vereinten Nationen“ im April 1945 dienen.
4. Verabschiedung einer Erklärung über das befreite Europa, die sowohl die Durchführung von sozialen und wirtschaftlichen Notmaßnahmen als auch die Schaffung vorläufiger Regierungsgewalten und die Durchführung von Wahlen betraf.
5. Beilegung der bis dahin existierenden Meinungsverschiedenheiten über Polen und die Bekräftigung des gemeinsamen Wunsches, „ein starkes, freies, unabhängiges und demokrati-

ches Polen errichtet zu sehen“. In Verbindung damit wurde zur Regelung der Grenzen Polens erklärt: „Nach der Ansicht der drei Regierungschefs soll die Ostgrenze Polens entlang der Curzon-Linie verlaufen, wobei sie in einigen Gebieten fünf bis acht Kilometer zugunsten Polens abweichen soll. Sie erkennen an, dass Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muss.“ Die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens wurde bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt.

6. Ein weiterer Beratungspunkt betraf Jugoslawien und andere Balkanfragen.

Zum Abschluss des Gipfels wurde bekundet, dass die Zusammenkunft auf der Krim den Entschluss aller Teilnehmer von neuem bestätigt hat, „die Einheitlichkeit der Zielsetzung und des Vorgehens, welche den Vereinten Nationen den Sieg in diesem Krieg ermöglicht und gesichert hat, im kommenden Frieden aufrechtzuerhalten und zu stärken“.

Die Ergebnisse von Jalta waren die bis dahin bedeutendste Übereinkunft der Anti-Hitler-Koalition während des Zweiten Weltkrieges. Sie waren der wichtigste Schritt auf dem Wege zur welthistorischen Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 8. August 1945.

Präsident Franklin D. Roosevelt erklärte zu ihrer Bedeutung am 1. März 1945 in seiner Botschaft an den amerikanischen Kongress: „Die Konferenz auf der Krim war ein Wendepunkt in der Geschichte der USA ... Die Krimkonferenz war eine erfolgreiche Bemühung der drei führenden Nationen, eine für alle gemeinsame Friedensgrundlage zu finden. Sie bedeutet buchstäblich Schluss mit dem System einseitiger Maßnahmen und exklusiver Allianzen und gesonderter Einflusssphären und des Gleichgewichts der Kräfte und aller übrigen Notbehelfe, die Jahrhunderte hindurch versucht worden sind und sich nicht bewährt haben!“ Wie unendlich weit ist der heutige Präsident der USA von der staatsmännischen Weisheit eines Franklin D. Roosevelt entfernt!

Vor 100 Jahren geboren

Paul Wandel

Er war nach dem Kriege der erste Volksbildungsminister im Osten Deutschlands, auch zuständig für Hochschulen und Kultur. Unter seiner bedachtsamen Regie vollzog sich die demokratische Schulreform und die beginnende sozialistische Umgestaltung des Bildungswesens in der DDR.

Paul Wandel, am 16. Februar 1905 in einer Mannheimer Arbeiterfamilie geboren, gelernter Maschinenschlosser, seit 1926 Mitglied der KPD, von 1933 bis



Paul Wandel und Rektor Georg Mayer bei der Verleihung des Namens Karl Marx an die Leipziger Universität 1953

1945 Emigrant in der UdSSR, dort zeitweilig persönlicher Sekretär Wilhelm Piecks, wurde 1945 Präsident der Verwaltung

für Volksbildung der SBZ und mit Gründung der DDR Volksbildungsminister, später ZK-Sekretär. Sein Bestreben war stets,

Bildung und Kultur dem ganzen Volke zugänglich zu machen.

1957 wurde er wegen „ungenügender Härte bei der Durchsetzung der politischen Linie der SED-Führung“ abgelöst und stand von da an in der zweiten Reihe, war Botschafter in China, stellvertretender Außenminister und Präsident der Liga für Völkerfreundschaft.

Sein zeitweiliger Stellvertreter als Minister, Prof. Laabs, schätzte ihn als einen Mann der leisen Töne, der anderen zuhörte, der auch in der Polemik Noblesse bewahrte.

Paul Wandel starb neunzigjährig am 3. Juni 1995. • **G. L.**



Von
**KLAUS
HUHN**

Der einzige, der bisher mit seinen Ausführungen über den Fußballskandal den Kern traf, ist – ich bitte um Nachsicht – ein in Berlin tätiger Jurist. Ich bin aber felsenfest überzeugt davon, dass auch in Leipzig genügend Juristen wirken, die die gleiche ABC-Weisheit verkünden würden: „Manipulation des Spiels selbst – also das Verpfeifen, etwa die Verweigerung eines Elfmeters ist strafrechtlich nicht sanktioniert.“ Die *Berliner Zeitung* (4. Februar 2005) hatte das Interview mit Klaus Rogall, dem Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Strafrecht an der FU Berlin abgedruckt und mit dem Zitat getitelt: „Korruption im Fußball gibt es strafrechtlich nicht“.

Noch einmal: Das ist keine nobelpreisverdächtige Entdeckung, sondern eine juristisch simple Feststellung, die vor allem deutlich macht, dass die euphorische Erregung von Medien und Funktionären letztlich rechtlich nie einen Boden hatte.

Natürlich sind alle, die den Sport lieben und auch die, die versichern, ihn besser zu kennen als jeder andere, dafür, dass es im Sport korrekt zugeht, doch wer Details über die ersten „linken Dinger“ in der Geschichte des Sports erfahren will, sollte bei Homer nachlesen und der lebte vor 2800 Jahren!

Und um den Juristen noch zu ergänzen: Das Pfeifen eines Elfmeters ist und bleibt Ansichtssache und noch viel mehr, solange sich die Fußballweisen nicht dazu aufraffen können, wenigstens ein Minimum an moderner Technik einzuführen. Fußball ist die einzige Sportart, in der zwar Milliarden umgesetzt werden, aber die Ausrüstung eines Schiedsrichters 2005 noch haargenau der des Jahres 1900 gleicht und sich auf eine Trillerpfeife beschränkt. Die Fußballverbände

sitzen in riesigen Glaspalästen und entwickeln Superprogramme, um die Verteilung von Weltmeisterschaftskarten zu perfektionieren, aber der Fernseh-Zuschauer auf dem Sofa zu Hause weiß allemal mehr als die drei Schiedsrichter, die über den Rasen hecheln. Warum? Weil quotenversessene Fernsehbosse vor dem Anpfiff wichtiger Spiele bis zu 18 Kameras installieren lassen, deren Bilder gespeichert und nach Belieben abgespielt werden können, um einem Schiedsrichter nachzuweisen, dass er eine falsche Ent-

Sportkolumne

Schluss mit lustig auf dem Rasen

scheidung getroffen hat. Man muss sich den Widersinn dieser Situation nur eine Sekunde lang vorstellen: Der Schiedsrichter wird einer Fehlentscheidung gezogen, aber niemand darüber aufgeklärt, ob dem Mann nicht in diesem Augenblick die Sicht durch einen vorbeistürmenden Spieler genommen war. Was wäre es für eine Lappalie, den Schiedsrichter mit einem Handy auszurüsten, auf dem er in Sekundenbruchteilen das Bild der umstrittenen Szene abrufen kann?

Aber darüber verliert niemand ein Wort. „Sollte“, „könnte“, „hätte“, „würde“ oder „offenbar“ sind gefragt. Ein Café „King“ in Berlin wurde „gestürmt“ (O-Wort). „Kistenweise“ (O-Wort) wurden „Unterlagen“ (O-Wort) gefunden. Ist die Frage erlaubt: Was könnte in diesen Kisten zu finden sein? Vier Spiele sollen manipuliert worden sein. Kann man mit Berichten über die Fehlentscheidungen in vier Spielen Kisten füllen? Natürlich waren „Kroatien“ im Spiel, aber die kroatische Sprache ist nicht so viel blumenreicher als

die deutsche, um „Kisten“ füllen zu können.

Und: Die Spiele, um die es geht, wurden vor Monaten ausgetragen, jetzt gerät über Nacht alles ans Tageslicht. Ein Magazin meldet, dass die Affäre das „Oberhaus“ erreicht hat. Ein Serbe oder Kroatie habe 15.000 Euro von einem Unbekannten kassiert. Nebenbei wird erwähnt, dass der Spieler die Summe entgegennahm, als er noch bei Dynamo Dresden tätig war und die Gelbschwarzen am 18. Juni 2003 gegen Preußen Münster ein Regionalligaspiel bestritten und gewonnen. Der Ersatztorhüter soll das Geldbündel gesehen haben...

Niemand weiß, wie viel Schwarzgeld Bundesligastars neben ihren Gagen kassierten, aber man darf sicher sein, dass sich keiner mit 1300 Euro abgefunden hätte – die Summe für Dynamo war nämlich für die ganze Mannschaft gedacht...

Das Erstliga-Spiel, um das es angeblich ging, war die Begegnung zwischen dem 1. FC Kaiserslautern und dem SC Freiburg und fand am 27. November 2004 statt. Die Lauterer gewannen 3:0 und natürlich würden die Freiburger jubeln, wenn morgen entschieden wird, dass man es mit 3:0 für Freiburg werten würde. Der Freiburger Trainer Finke hielt sich zurück: „Ich kann mich erinnern, dass in dem Spiel zwei umstrittene Entscheidungen zu Gegentoren geführt haben.“ Da Kaiserslautern keine Gegentore zu beklagen hatte, liess der Verein mitteilen: „Wir verweisen in all diesen Dingen an die Zuständigkeit beim DFB, der DFL und gegebenenfalls an die Staatsanwaltschaft.“ Richtig so: Staatsanwälte sind gefragt!

Wenn's recht ist: Schluß mit lustig. Und Schluß auch mit so albernen Ankündigungen, dass Fußballspieler nicht mehr selber wetten dürfen. Die Fußballoberen sollten endlich dafür sorgen, dass Schiedsrichter nicht ständig auf der Liste der Verdächtigen stehen. Verdächtig, unsportlich zu sein, gegen die Mannschaft XY zu agieren oder sowieso und überhaupt nicht geeignet zu sein. Und sie sollten sie ausrüsten, wie jeder Leichtathletikzielrichter ausgerüstet ist, nämlich mit elektronischem Gerät, das mit Tausendstelsekunden misst und ihm die Gelegenheit bietet, den längst jeder Eishockeyschiedsrichter wahrnehmen kann, nämlich die Aufzeichnung einer Torkamera abspielen zu lassen. Stattdessen hört man: Es lebe der Fußball und die Trillerpfeife!

Stadttratsitzungen sind oft zäh und somit leider besucherunfreundlich. Am 19. Januar aber gab es einiges zum Ohrensitzen. Es ging um das neue, nun doch viel teurere Fußballstadion, als Peter Geiling, sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, wahr und enthüllend argumentierte: „Kurz noch ein paar Worte zu der generellen Diskussion, ob sich Leipzig solche Großprojekte leisten kann und soll: Wir sagen ja, denn was wäre denn aus der alten Stadionschüssel geworden, wenn wir den Bau des neuen Stadions nicht beschlossen hätten. Dass sich Tausende Leipziger als freiwillige Helfer melden und wie in den 50er Jahren ein neues Stadion – das kostengünstiger und WM-tauglich ist – gebaut hätten, ist wohl mehr als unwahrscheinlich.“

Da kann sich jeder sozusagen in den Westen verfrachtete gelernte DDR-Bürger selbst seinen Reim drauf machen. Aber zur Sache selbst, dem neuen Zentralstadion. Kenner sagen, es sei eines der schönsten Freiluftarenen in Deutschland. Wenn bloß die vielen Negativschlagzeilen nicht wären. In der Stadttratsitzung wurden sie benannt: die Provisionsgeschäfte der Stadt mit Herrn Poser, die unendliche Geschichte des Leipziger Fußballs, die unterschiedlichen Insolvenzen während des Baus, der Flop, der sich offizielle Stadion-Eröffnung nannte. Und nun wird seit März vergangenen Jahres öffentlich über Mehrkosten gemunkelt und spekuliert.

Rüdiger Ulrich, PDS, unterstrich, dass es für seine Fraktion unverständlich sei, „dass es ein dreiviertel Jahr dauert, ehe

Leipzigs Fußballstadion

Pleiten, Flops und Hoffnungen

sich Stadtverwaltung und Investor zunächst über die Höhe und dann über die Beteiligung an den Mehrkosten einigen können“. Erst ein Baustopp am Hauptgebäude, der den Standort Leipzig für den Federation Cup und die Fußball-WM ernsthaft in Gefahr brachte, habe Herrn Kölmel bewogen, dem Stadtrat eine Änderung des bisherigen Vertragswerkes mit der EMKA Immobilienbeteiligungs GmbH vorzulegen. Diese sollte in aller Eile und unter besonderem Druck – schließlich hat Herr Bürgermeister Tschense den Investoren schon mal vorab einen positiven Ratsbeschluss in Aussicht gestellt – beschließen.

Um welche Entscheidung ging es also am 19. Januar? Von den insgesamt 25,6 Millionen Euro an Mehr- und Zusatzkosten (insgesamt kostet das Stadion 116 Millionen Euro) soll die Stadt 9 Millionen Euro tragen. 5,25 Millionen entfallen dabei auf die hälftige Beteiligung an die durch die FIFA im Zusammenhang mit der WM nachträglich gestellten Zusatzanforderungen im Sicherheits- und Technikbereich. 1,2 Millionen bereits 2004 finanzierte Euro entfallen auf die von der Stadt



gewünschten Umbauten am Stadionsdach und am Hauptgebäude. Für 2,56 Millionen verzichtet die Besitzgesellschaft auf ihr nach dem Vertrag zustehende Leistungen der Stadt.

Auch wenn der vertragliche Grundsatz gelte, „Mehrkosten gehen zu Lasten des Investors“, stimmte auch die PDS dem ausgehandelten Kompromiss trotzdem zu, er sei akzeptabel. Rüdiger Ulrich begründete dies: „Ausgehend von der bisherigen Gesetzeslage zwischen der Stadt und der EMKA Immobilienbeteiligungsgesellschaft, die wir nach wie vor als sehr vorteilhaft für die Stadt bewerten, trägt der Investor die Mehrkosten, für die er verantwortlich ist. Die Stadt beteiligt sich an den Kosten, die durch die Standarderhöhungen der FIFA, also Dritte, verursacht wurden oder für die sie vertragliche Leistungen erlassen bekommt bzw. zu-

sätzliche Leistungen erhält. Um ein Beispiel zu nennen: Allein die Errichtung einer Fußgängerbrücke zwischen Cottaweg und Zentralstadion, wozu die Stadt nach bisherigem Vertrag verpflichtet gewesen wäre, hätte mehr als 5 Millionen Euro gekostet.“

Fußballfreunde wird's freuen und die anderen werden ohnehin für die Minderheit gehalten.

Leipzig wollte eben um – fast – jeden Preis den Standort für die Fußball-WM absichern, was alle Beteiligten wieder in ein Boot brachte, mitsamt dem Stadtrat.

Doch die unendliche Stadiengeschichte hat längst schon wieder neue Spekulationen geboren: den möglichen Verkauf des Zentralstadions. Zeitungsleser glauben bereits, die Herren Kölmel und Wagner seien sich über den Verkauf einig. Nur an der Stadt läge es, dass es nicht vorwärts gehe. Stadtrat Ulrich kann das so nicht stehen lassen: „Ein Stadion verkauft sich nicht so nebenbei und schon gar nicht über die Presse. Wir als PDS-Fraktion erwarten, dass endlich ein konkretes Kaufangebot mit entsprechendem Kaufvertrag und einer Betreiberkonzeption vorgelegt wird, damit der Stadtrat überhaupt erst eine Entscheidungsgrundlage hat. Dabei gilt für uns der Grundsatz, dass wir mit dem gegenwärtigen Vertrag in einer für die Stadt komfortablen Lage sind, ob es Herrn Kölmel heute gefällt oder nicht. Eine Verschlechterung kommt deshalb für uns nicht in Frage.“

Nicht vergeben, nicht vergessen! Zum Gedenken der Opfer des Holocaust!

Unter diesem Motto trafen sich 20-30 junge Leipziger, um am 27. Januar der Befreiung von Auschwitz und aller Opfer des Holocaust zu gedenken. Begonnen hat der Tag mit einer Mahnwache der PDS auf dem kleinen Willy-Brandt-Platz.

Die Deutsche Bahn hält eine Ausstellung über die 11 000 Kinder, die die Reichsbahn nach Auschwitz deportierte, in ihren Bahnhöfen nicht für nötig. Aber es gibt in der Stadt noch junge Menschen, die für das Gedenken an die Opfer und dafür einstehen, die Aufklärung über die Massenvernichtung aufrechtzuerhalten. Und so musste die Bahn unserem Druck nachgeben und die kleine Kundgebung an ihren Gleisen zulassen.

Genau 44 Minuten standen wir schweigend, so lange, wie der Zug auf dem Weg nach Auschwitz in Engelsdorf planmäßig Zwischenstopp einlegte. Anschließend gingen wir zur Gedenkstätte für die ehemalige Synagoge an der Gottschedstraße, um einen Kranz zur Erinnerung an die Opfer des Holocaust abzulegen.

Zusammen haben PDS-Jugendliche und die Junge radikale Linke in Leipzig, die sich vorher allerdings nicht abgesprochen hatten, hoffentlich viele Menschen erreicht und auch etwas bewegt. M. BERTRAM

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion

Nichts und niemand ist vergessen. Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus! Frieden geht uns alle an. Dieser Leitgedanke prägt in diesem Jahr, in dem sich die Befreiung vom Hitlerfaschismus zum 60. Mal jährt, den Leipziger Ostermarsch.

Wir sind vom 25. bis zum 27. März mit dem Fahrrad nach Zeitz, Weißfels und Merseburg unterwegs, werden uns aber nicht auf das Fahren beschränken. Es wird Themenabende geben, wir werden das Gelände des ehemaligen Außenlagers des Konzentrationslagers Buchenwald in Rehmsdorf ansteuern und zu dessen Geschichte mit Menschen reden, die diese Hölle durchleben mussten. Es wird einen Diavortrag geben und natürlich bleibt auch Zeit, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Zu: „Levi's Parteiauffassung“, LN 2'05

Führte Levi „alle linken Kräfte“ zusammen?

Mit Interesse las ich den Artikel „Levi's Parteiauffassung“ von Helmut Arndt. Mit Sicherheit war es eine richtige Idee, des 75. Todestages von Paul Levi zu gedenken. Levi hat sich unbestreitbare Verdienste um die Arbeiterbewegung erworben, insbesondere was seinen Kampf gegen Militarismus und Krieg und seinen Beitrag zur Gründung der KPD betrifft.

Trotzdem: Im Artikel wird gesagt: „Levi, nun an die Spitze der jungen Partei berufen, folgte den Intentionen der Mordopfer (Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – A. K.), eine sozialrevolutionäre Partei zu entwickeln, die Magnetwirkung be-

Es liegt uns am Herzen, unserem Willen zu Frieden in der ganzen Welt Ausdruck zu verleihen. Kein Konflikt, kein soziales Problem wurde je durch militärische Gewalt gelöst. Flüchtlingsströme, zerstörte Infrastrukturen, Hunger und Krankheiten waren immer Folgen von Kriegen.

Das aktuelle Geschehen im Nahen Osten, der „weltweite Kampf gegen den Terror“ lassen uns nicht kalt. Auch der Raub an den Sozialsystemen in der Bundesrepublik Deutschland wird thematisiert.

Wir werden uns am Karfreitag um 8.30 Uhr in Leipzig an der

sitzt, um alle linken Kräfte zusammenzuführen.“ Das Verhalten Levis an der Spitze der Partei sah allerdings leider etwas anders aus. Statt „alle linken Kräfte zusammenzuführen“, war er Ende 1919 maßgeblich an der bürokratischen und undemokratischen „Hinaussäuberung“ der Mehrheit der Mitgliedschaft, Zehntausender ehrlicher Genossen und Genossen, aus der Partei beteiligt, was zur Spaltung der kommunistischen Bewegung und zur Gründung der KAPD führte. Die KPD selbst wurde dadurch zu einer kleinen Sekte, die erst durch die Vereinigung mit der USPD-Mehrheit wieder eine gewisse Massenbasis erhielt. Unter den aus der Partei Hinausgeworfenen befand sich beispielsweise Otto Rühle, ein enger Kampfgefährte und persönlicher Freund Karl Liebknechts, der auch als Reformpädagoge hervorgetreten ist. Mit dieser eklatanten Verletzung

Wer, wenn nicht ihr! Der Ostermarsch wird radeln

Moritzbastei treffen und nach einigen Worten eines Vertreters des Bundes der Antifaschisten auf die Räder schwingen, um nach Zeitz zu fahren. Dort ist eine Demonstration gegen die militärische Nutzung des Zeitzer Forstes geplant – gemeinsam mit Zeitzer Friedensaktivisten. Für den Abend steht eine Info-Veranstaltung zur EU-Verfassung mit Diskussion an.

Am Sonnabend geht es von Zeitz über Rehmsdorf und Weißfels nach Merseburg.

In Weißfels wird es eine kleine Kundgebung geben. Unsere Ankunft in Merseburg werden wir mit einer Kundgebung dem

60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus widmen.

Am Sonntag, bevor wir die Rücktour antreten, wird in Merseburg einen Diavortrag über das jährlich im Sommer stattfindende Antifacamp in Weimar/Buchenwald informieren.

In Leipzig erwarten uns der Singeclub „Ernesto Che Guevara“, Diskussion, eine Buchlesung, Veranstaltungen über den „rechten Rand“ in den Gewerkschaften und wie sie sich dazu verhalten, über die Arbeit der Gewerkschaften in Schulprojekten und Musik von „Eisentraut“ (Gundermanns Seilschaft).

OSTERMARSCH LEIPZIG

der innerparteilichen Demokratie begründete Paul Levi eine traurige „Tradition“, die sich bis 1989 (und darüber hinaus?) in der deutschen Linken gehalten hat. Insofern konnte auch der Aufruf zur Einheitsfront im „Offenen Brief“ vom 8. Januar 1921 von den anderen Arbeiterorganisationen nur mit Skepsis aufgenommen werden. Wie sollten sie an die ehrlichen Absichten der Rest-KPD glauben, nachdem diese in der eigenen Organisation politische Differenzen nicht *politisch*, sondern – unter Missachtung der Arbeiterdemokratie – *administrativ-bürokratisch* „gelöst“ hatte?

ALEXANDER KALEX, LEIPZIG

Rosa hätte sich gewiss revidiert

Ich glaube, dass Rosa Luxemburg, wäre sie an Lenins Stelle

zur gegebenen Zeit gewesen, ein ähnliches Buch wie „Was tun?“ geschrieben hätte. Und wie dieser hätte sie nachträglich festgestellt: „Was tun?“ korrigiert polemisch den Ökonomismus, und es ist falsch, den Inhalt der Broschüre außerhalb dieser Aufgabe zu betrachten.“

Darin bestärkt mich auch das Buch von Clara Zetkin: „Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution“ (1923). Ansonsten wäre anzumerken, was Jacob Walcher, Schüler, Kampfgefährte und glühender Verehrer von Rosa Luxemburg, gegenüber Bertolt Brecht erklärte: „Die Fehler der deutschen Linken, besonders die falsche Wertung der Organisationsfrage durch Rosa Luxemburg, haben dazu geführt, daß 1914 Reichstagsfraktion und Parteivorstand, ohne zunächst auf breiten Widerstand zu stoßen, die Grundsätze der Partei verraten konnte.“

HERBERT MÜNCHOW, LEIPZIG

Matze, UNSER MANN IN MÜNCHEN

MÜNCHEN MACHT SEINEM RUF als innovative Kulturstadt voller Widersprüche alle Ehre. „Anne Frank – Ein Mädchen aus Deutschland“ ist der Titel einer neuen Wanderausstellung, die das Anne-Frank-Zentrum in Berlin erarbeitet hat und die ab 26. Januar in der Bayerischen Staatskanzlei (!) gezeigt wird. Neu ist: Die Ausstellung richtet sich ausschließlich an junge Besucher. Ob Anne Frank für Jugendliche tatsächlich nahezu eine Kultfigur ist, wie Bayerns Kultus-Staatssekretär Freller meinte anmerken zu müssen, oder ob die Anziehungskraft nicht vielmehr auf der bewegend, von Solidarität und Überlebenswillen zeugenden Geschichte der Familie Frank, auf der Kraft und der Hoffnung eines kleinen Mädchens während des Faschismus beruht, sei dahingestellt. Interessant das pädagogische Konzept: Jugendliche führen Jugendliche. Wie auch immer diese Ausstellung im Detail gestaltet ist, allein die Tatsache, dass sie in München überhaupt durchgeführt wird, und der Stellenwert, der ihr mit dem Veranstaltungsort beigemessen wird, sind angesichts des

Einzugs der NPD in den sächsischen Landtag und des faschistoiden Auftretens der NPD-Abgeordneten besonders wichtig. Schön: Die Staatskanzlei richtet sich auf einen Besucheransturm ein.

IN DIESER WOCHE entschied das Bundesverfassungsgericht über eine von sechs Bundesländern geführte Klage. Mehrere Länder, darunter Bayern, erreichten, dass Karlsruhe das vom Bund festgeschriebene Verbot von Studiengebühren für verfassungswidrig erklärte. Bayerns Wissenschaftsminister Goppel hatte schon vorher mehrfach angekündigt, möglichst schnell Studiengebühren erheben zu wollen. Als Obergrenze ist die Summe von 500 Euro im Gespräch. Und natürlich soll kein Cent der Studiengebühren in den Staatshaushalt fließen. Lediglich zehn Prozent der Gebühren sollen einen Innovationsfonds füllen, um gezielt Schwerpunkte in der Lehre zu setzen. Bessere Qualität der Lehre auf Kosten der Studenten – Superlösung. Widerstand ist perspektivisch wohl nicht zu erwarten, zumindest nicht, wenn bei

sozial Schwachen das Kinderkriegen durch steuerliche Maßnahmen künftig ohnehin eingedämmt wird, wie von einem Hinterbänkler der FDP namens Bahr angeregt. Der Wahnsinn hat Methode.

MOSI IST TOT. Ermordet von einem „irakischen Asylbewerber“, wie die BILD-Schlagzeile den Wartenden an der Bushaltestelle entgegenschrie. Es gibt wohl kaum ein Ereignis, das die Emotionen in München und – dank dem medialen Trommelfeuer von RTL, SAT.1, N-TV, N24 und BILD – in Deutschland so hochgeputscht hat wie die Ermordung des selbsternannten Mosezaren.

Wer war dieser Rudolph Moshhammer wirklich? Einerseits war da der begabte (?) barocke Modemacher und Parvenü – das „Eigen-Kunstwerk“ Rudolph Moshhammer; ein Mann, der die Geschichte seiner in Armut verbrachten Kindheit, in der er mit seiner Mutter unter dem alkoholkranken Vaters zu leiden hatten, geschickt pflegte und ausbaute. Und da war andererseits ein Mensch, dessen soziales Engage-

ment für Münchner Obdachlose gewiss anzuerkennen ist – der jedoch nur in dunklen Nächten auslebte, was Risse in der nahezu perfekten Selbstinszenierung verursacht hätte. Moshhammer war und ist zudem ein Produkt in einer medial völlig überdrehten und dekadenten Gesellschaft, benutzt und missbraucht weit über den eigenen Tod hinaus. Es ging und geht nicht um den Menschen, sondern um ein von den Medien künstlich geschaffenes Phänomen, das trefflich dazu dient, soziale Widersprüche und Probleme zu überdecken und vergessen zu machen. Bei Mosi sind halt alle irgendwie gleich, vom bayrischen Ministerpräsidenten über den unsäglichen Roberto Blanco bis hin zu den Münchner Sozialhilfeempfängern – ganz München eine einzige große Trauergemeinde. Ach ja, was war eigentlich mit Hartz IV und der Flutwelle in Asien? Alles sowieso nix gegen die Notwendigkeit, uns endlich vor den „Irakern“ zu schützen und alle unsere DNA abzugeben.

Ihr Matze

Anne-Frank-Ausstellung ... Bildung nach Maß und Kontostand ... „Wo ist die Daysi? Ich seh nix!“

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 15. Februar, 18 Uhr, Leipzig
Stipendiatenseminar *Die britische Linke (und der Nahostkonflikt)*
Mit Peter Ullich, M.A., Stipendiat
Harkortstr. 10

Mittwoch, 16. Februar, 19 Uhr, Dresden
Von den Böhmischem Exulanten bis zum Englischen Viertel – die Geschichte der Ausländer in Dresden. Mit Ralf Richter, Dipl. Soziologe, Dresden
„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 17. Februar, 17.30 Uhr, Leipzig
Aufstieg und Fall des „Manchesters des Ostens“. Lodz zwischen industrieller Revolution und postsozialistischer Deindustrialisierung. Mit Prof. Dr. Jörg Roessler, Berlin (Arbeitskreis Osteuropa).
Kostenbeitrag 1,50 Euro ***
Harkortstr. 10

Freitag, 18., 19 Uhr, bis Sonntag, 20. Februar, Oberau
Europa I + II: Geschichte und Institutionen./Neue Heimat und Verfassung? Mit René Lenz, M. A., und Phillip Fink, Doktorand Universität Leipzig (EU I), Tobias Pflüger, Politikwissenschaftler, MdEP, Stanislav Holubec, Doktorand Karls-Universität Prag, und Ulrich Schuster, Doktorand Universität Leipzig (EU II). Zielgruppe: Jugendliche zwischen 18 und 35 Jahren. Anmeldung bis 10. 2.: kontakt@jugendbildungswerk.de, Teilnehmerbeitrag: 12/6 Euro
Schloss Oberau, Oberau, Thomas-Müntzer-Ring 6

Montag, 21. Februar, 18 Uhr, Leipzig
Zur Edition der „Deutschen Ideologie“ in der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA). Mit Prof. Manfred Neuhaus, Leiter der MEGA-Arbeitsstelle der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
Harkortstr. 10

Dienstag, 22. Februar, 19.30 Uhr, Leipzig (Zeit und Ort geändert.)
Zum 80. Geburtstag von Hans Pfeiffer: Ausstellungseröffnung *Fakten und Fiktionen*; Buchpräsentation *Die Höhle von Babie Doly*; Laudatio: Helmut Richter. In Zusammenarbeit mit Stadtbibliothek Leipzig und Miltzke-Verlag
Stadtbibliothek, Ausstellungsfoyer, 1. Etg., Wilhelm Leuschner-Platz 10

Mittwoch, 23. Februar, 18.30 Uhr, Leipzig
Protest – Mitgestaltung – Alternativen. Programm und Politik der PDS. Mit Dr. Monika Runge, Mitglied des PDS-Landesvorstandes und der Programmkommission
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 23. Februar, 19 Uhr, Dresden
Ist eine alternative Beschäftigungspolitik möglich? Mit Jürgen Leibiger, Dozent für Volkswirtschaftslehre, Dresden
„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Sonabend, 26., 10 Uhr, bis Sonntag, 27. Februar, Großhennersdorf
Seminar *Grundlagen und Konzepte kommunaler Antifa- und Antira-Arbeit.* Mit Erik Wolf, Netzwerk für Demokratie und Courage e. V., ver.di-Jugend Sachsen, Volkmar Wölk, LAG Antifaschismus PDS Sachsen, und Ingo Stange, AMAL – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt, Wurzen. Zielgruppe: Jugendliche und junge Erwachsene bis 35 Jahre sowie KommunalpolitikerInnen. In Zusammenarbeit mit dem Kommunalpolitischen Forum Sachsen e. V. Teilnehmerbeitrag: 10/7 Euro, Anmeldung: kontakt@jugendbildungswerk.de
Großhennersdorf, Begegnungszentrum im Dreieck, Zittauer Str. 17

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Naturkundemuseum

Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellungen:
Bis 6. 3.: 10 000 Meter unter Leipzig – Ergebnisse aus 150 Jahren geologischer Forschung

Veranstaltungen:
15. 2., 19–21 Uhr, Führung: Zu Besuch bei Eule und Fledermaus – wie orientieren sie sich? Bitte Taschenlampe mitbringen!
16. 2., 14–15 Uhr, Ferienveranstaltung: Wie orientieren sich Tiere im Dunkeln? Anmeldung erbeten
20. 2., 10.30 Uhr, Führung durch die Sonderausstellung: 10 000 Meter unter Leipzig – Ergebnisse aus 150 Jahren geologischer Forschung

Reiseangebote für Gleichgesinnte

Das linke Reisebüro „TUK“ bietet auch in diesem Jahr für alle Interessenten eine Vielzahl von Reisen unter Gleichgesinnten an. Von Februar bis Dezember finden wieder die begehrten

- „Botschafter“-Reisen,
- „Wanderreisen“,
- „Kururlaubsreisen“ und
- „TUK Spezialreisen“ statt.

Von der AG Reisen beim PDS-Stadtverband Leipzig wird die Riesengebirgsreise nach Spindlermühle vom 24. bis 29. 8. zum traditionellen Treffen von Antifaschisten aus Tschechien, Polen und Deutschland am 27. August in Mala Upa empfohlen. Der gestützte Preis beträgt 299 Euro. Nach Elgersburg (Hotel „Am Wald“) wird eine Reise zu Ostern vom 24. bis 29. 3. für 372 Euro und die Reise zur Woche der Begegnung mit Persönlichkeiten aus Politik, Sport und Kultur vom 8. bis 12. 6. für 323 Euro angeboten. Kataloge mit weiteren Angeboten sind beim PDS-Stadtverband erhältlich. Rückfragen können an jedem 3. Freitag des Monats von 17–19 Uhr an die AG Reisen beim Stadtverband oder an G. Uhlig, Tel.: 0341 6883502 gerichtet werden.

Buchung über Reisebüro „Touristik und Kontakt International“, Danziger Str. 168, 10407 Berlin, Tel.: 030 42333-33

Natur pur
Urlaub in Mecklenburg-Vorpommern
Ferienbungalows in landschaftlich reizvoller Lage zu vermieten!

- in Jabel b. Waren/Müritz, ruhige Lage im Wald
- zwei Bungalows für je 2–3 Personen, mit Wohnraum (TV mit SAT-Programm), Schlafraum, Küche mit E-Herd, Kühlschrank, Kaffeemaschine, Wasserkocher, warmes und kaltes Wasser, IWC mit Dusche (Heizmöglichkeit), Sonnenterrasse mit Gartenmöbeln und Gartenschaukel
- Bademöglichkeit in einem sauberen See, Ruderboot vorhanden
- günstiger Ausgangspunkt für Wanderungen im Müritz-Nationalpark (dort Fahrradausleihe)
- in der Zeit vom 15.5. bis 15.10.2005 sind noch freie Plätze
- Übernachtungspreis pro Bungalow 185 Euro/Woche. In diesem Preis sind die Kosten für Wasser und Elektroenergie enthalten.
- Zeltaufbau für Kinder möglich
- **Anfragen und Informationen:**

ab sofort an Fritz Rasenberger
Dorfstr. D 64
04523 Elstertrebnitz
Tel.: 034296 75901

oder an Fam. Halle
Am Kirschberg 11
04209 Leipzig
Tel.: 0341 4210748

Deutscher Freidenker-Verband

17. 2., 16.30 Uhr, Gottschedstr. 31(HH): Erinnerungen des Kriegsgefangenen Werner Müller, erzählt von Prof. Dr. Werner Müller

Initiative Christliche Linke

21. 2., 18 Uhr, Gemeindegottesdienst der Nikolaikirche Leipzig, Dr. Lothar Tippach: Aktuelle kommunalpolitische Fragen der Stadt Leipzig

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40
BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein passendes Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

.....
Name, Vorname
.....
Straße, Hausnummer
.....
PLZ, Ort
.....
evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein **Geschenkabonnement** ist
.....
Name, Vorname
.....
Straße, Hausnummer
.....
PLZ, Ort

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

.....
Geldinstitut
.....
BLZ
.....
Kontonummer
.....
Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

.....
2. Unterschrift des Auftraggebers

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

U. S. Levin

Alles für die Krone!

Entweder man hat Geld oder einen guten Zahnarzt. Auf einer nach unten offenen Beliebtheitskala unter Medizinern rangieren sie auf letzter Position, noch hinter den Pathologen.

Der letzte an mir verübte dentale Zugriff war an dem Tag, an dem mir mein lebenslustiger Zahnarzt versehentlich den falschen Backenzahn aus dem Kiefer gehebelt hatte. Zuvor hatte er mir alle kariösen Zähne verplombt, vermutlich aus Sicherheitsgründen. Danach habe ich Zahnpraxen gemieden wie die deutschen Nationalkicker den gegnerischen Strafraum.

Mein Bonusheft ist danach so leer geblieben wie die öffentlichen Kassen. Aber nicht Angst hielt mich von der jährlichen Zahninspektion zurück, sondern gelebte Solidarität mit meiner insolvenzbedrohten Krankenkasse.

Fassungslos betrachtete der Zahnarzt meine fragmentarischen Kauwerkzeuge, als ich ihn schmerzbedingt konsultierte.

„Haben Sie vorige Woche die Dokumentation über die Ammelshainer Steinbrüche gesehen?“, fragte er.

„Sehen Sie Parallelen zu meinem Gebiss?“

„Nein, die Steinbrüche sind ja noch intakt.“ Mit einem Blick auf das Röntgenbild und der Frage: „Waren Sie übrigens nicht ein Mathegenie?“, fühlte er mir behutsam auf den Zahn.

Natürlich hätte ich ihm die Zahntaschen vollhauen können, stattdessen fragte ich ihn, wie

er darauf kommen würde.

„Nun ja, wir werden wohl ein paar Wurzeln ziehen müssen.“

„Lieber ziehe ich Leine“, gestand ich mit Schweißperlen auf der Stirn.

„Wenn Sie eine Kieferhöhlenvereiterung riskieren wollen, gern.“ Ich nickte unterwürdig und er machte sich händereibend ans ordnende Werk, denn in meinem Mund sah es aus wie in Luis Trenkers Rucksack. Eine leichte Extraktion erledigte er sofort, zwei mittelschwere einige Wochen später. Anschließend nahm er die operative Entfernung der Weisheitszähne vor, die er liebevoll Achter nannte, ehe er sie in den Abfallkübel katapultierte. Mit architektonischer Präzision setzte er mir eine Brücke ein, verpasste mir einige Inlays und adelte mich mit mehreren Kronen. Abschließend krönte er die Behandlung mit einer lasergestützten Parodontose-Therapie. Das I-Tüpfelchen jedoch waren zwei implantierte Titanzähne, die allein an die Kosten eines großen Kleinwagens heranreichten. Meine undankbare Krankenkasse lehnte mit dem Hinweis auf mein blütenweißes Bonusheft die Übernahme sämtlicher Kosten ab.

Als gebrochener und hochverschuldeter Mann verließ ich die Praxis. Ich hatte zwar wieder das strahlende Gebiss eines gesunden Mitteleuropäers, aber nichts mehr zu beißen. Übrigens begann der Zahnarzt nach meiner aufwendigen Zahnsanierung mit dem Bau seines Eigenheims.

Hohles vom „hohlen Zahn“

Ältere Leipziger werden sich erinnern: Da stand einst auf dem Johannisplatz eine Turmuine, ein Überrest der von Bomben zerstörten Johanniskirche, wegen seines charakteristischen Aussehens im Volksmund als „hohler Zahn“ bekannt. Diese Ruine wurde nach anfänglichen Bemühungen der Restauration und einigen Hin-und-Her-Überlegungen schließlich 1963 gesprengt.

Bisher war uns der sogenannte Volksmund als ein ziemlich listiger und respektloser Bursche gegenwärtig, als unberechenbares Phänomen, das sich jeder bewussten Einflussnahme entzieht. Nun müssen wir uns offenbar korrigieren, denn in der LVZ vom 31. Januar teilt uns Herr Orbeck mit, dass der Turm der Johanniskirche von den „damals Mächtigen als ‚hohler Zahn‘ diffamiert“ wurde.

Diese völlig neue Erkenntnis wirft einige Fragen auf. Wer waren die „damals Mächtigen“, die so geschickt „diffamieren“ konnten, dass die Bezeichnung Allgemeingut wurde? War es der Kreis um den Oberbürgermeister? Oder ging es vom 1. Sekretär der Bezirksleitung aus? Und wie steht es mit der „Blechbüchse“, der volksmündlichen Namensgebung für das Konsument-Kaufhaus, heute Karstadt? Was war hier die Beschlussgrundlage? Und der „Uniriese“ respektive „Weisheitszahn“? Sollte da das Politbüro etwas angewiesen haben? Fragen über Fragen! Wer wird sie beantworten?

• DETLEV DOHLE

Wanderungen durch Neufünfland

In Potsdam kam einer unlängst auf die Idee, doch mal Günter Jauch zu spielen. Sie wissen schon: Eine Million gewinnen, wenn 15 Fragen richtig beantwortet werden. Das Problem war: Wir hatten keine Million und werden uns deshalb auch nicht mit 15 Fragen plagen. Wir spendeten jeder einen Euro und kamen damit auf einen „Jackpot“ von 26 Euro. Die Frage, die zu beantworten war, lautete: „Wo ist Lenin?“ Nein, mit dem Hinweis auf den Roten Platz war sie nicht zu lösen, denn gemeint war das Denkmal Lenins, das einst in Potsdam vor dem Haus der Offiziere stand, dann – so heißt es – eingerüstet wurde und über Nacht verschwunden war. Die Bilderstürmer, die sich auch in Potsdam 1990 ausgetobt hatten, jubelten, die anderen – Sie wissen schon, wen ich meine – grollten. Aber es gab – wie es in diesbezüglichen

Polizeimeldungen zu heißen pflegt – „Hinweise“ darauf, dass es nirgendwo eingeschmolzen, sondern sogar restauriert worden sein soll und demnächst zurückkehrt. Aber wo ist es jetzt? Wenn jemand diese Frage beantworten könnte, winken ihm 26 Euro – es sei denn, einer aus unserer Wanderrunde hätte die Antwort vorher gegeben.

Ab ins Thüringische. Wo man auch hinkommt und Platz nimmt – meist hört man nur Klagen. In Mühlhausen schilderte uns einer am Stammtisch sein Leid: Die Seniorenheimgebühren seien so rapide gestiegen, dass er sich künftig am Kalender die Tage ankreuzen muss, an denen er sich ein Bier leisten kann. Früher waren in der Pflegestufe I monatlich 486 Euro zu bezahlen, jetzt 663. Wissen Sie, wie viel Biere das sind?

Auch wenn sie es nicht wissen sollten: Es sind einige.

Derlei trifft den Erfurter Rotary-Klub nicht. Der versammelt sich in der Regel donnerstags zum Mittagessen, hatte aber vor einigen Tagen eine enorm soziale Idee: Man wechselte aus dem üblichen Restaurant in die Justizvollzugsanstalt Ichtershausen und ließ sich dort ins Bild setzen, wie es sich hinter Gittern lebt. Nein, keine falsch auslegbaren Andeutungen, dass man sich mal vorab informieren wollte, sondern dem Kanzler gefolgt und nicht immer alles „schlechtgeredet“: Eine Kiste Bücher hatten die Rotarier mitgenommen. Und wer immer den Witz riss, das Lokalblatt verbreitete ihn: Ein Exemplar des Buches „Der Graf von Monte Christo“ war nicht unter den verschenkten Büchern ...

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Immerhin, schwärmt der Präsident des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (HWWA) Thomas Straubhaar, sei „das Tarifikartell der Gewerkschaften de facto gesprengt worden“.

Nicht zufällig hat das Handelsblatt im Jahresrückblick die erfolgreiche Erpressung der Siemens-Beschäftigten, unter dem Damoklesschwert der Produktionsverlagerung einer Rückkehr zur 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich zuzustimmen, als „das Ereignis mit dem größten Symbolwert im Jahr 2004“ gefeiert.

Sahra Wagenknecht, beides *Junge Welt* 8./9. 1.

Der Menschentyp, den der deutsche Staat mit Hartz IV favorisiert, ist der Einzelkämpfer, der am besten auch allein lebt. 3sat 12. 1.

Der Bundespräsident verdient Respekt. Schließlich vertritt er den Kaiser, den wir nicht mehr haben. DLF 13. 1.

Schüler der 8. bis 10. Klassen sollten einmal in der Woche die Praxis in Betrieben kennenlernen. Ein Handwerkerpräsident, DLF 16. 1.

Von 1994 bis 2003 ist die Zahl der Straftaten durch über 60-Jährige (vor allem Männer) in Niedersachsen von 20 000 auf 30 000 gestiegen. Es gibt Überlegungen, eine Haftanstalt für Senioren einzurichten. Dort würden auch Pflegeplätze gebraucht. ARD 24. 1.

70 Prozent der Polen haben sich für den sofortigen Rückzug der polnischen Soldaten aus dem Irak ausgesprochen. DLF 25. 1.

Weißenfels hatte 1990 45 000 Einwohner, jetzt sind es noch 30 000. Im Zentrum der Stadt gibt es einen Wohnungsleerstand von 40 Prozent. MDR Fernsehen 25. 1.

GEFUNDEN VON

Eine Lüge macht
noch keinen Politiker
*
Parteien schlagen
sich, Parteien
vertragen sich
REINHARD LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V.,
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

8. Februar

Die nächste Ausgabe erscheint am 25. Februar

Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40